Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 59 Halle a. S., Freitag den 10. März 1899. 10. Jahrg.

Eine Ehrung der Märzkämpfer.

Während im Reichstage die Freisinnigen den Sozialdemokraten allein die Vertretung freiheitlicher wenn auch gut bürgerlicher Forderungen überlassen, bestinnen sie sich im preußischen Abgeordnetenhause noch manchmal auf ihre demokratische Vergangenheit und die hieraus resultierenden Pflichten. So gab es am Mittwoch dort eine kleine Vorfeier für den 18. März, eine jener den Junkern so unangenehmen Märzdebatten. Abg. Munckel nahm beim Etat der Bau-Verwaltung Gelegenheit, auf die vom Berliner Polizeipräsidenten verweigerte Erlaubnis zum Bau eines Portals für den Friedhof der Märzgefallenen einzugehen und das Ungesetzliche dieser polizeilichen Bevormundung zu brandmarken. Bekanntlich hat Herr v. Windheim in dem von dem konservativen Baurat Hoffmann gezeichneten Portal eine Verherrlichung der März Revolution erblickt und darum sein Veto eingelegt. Herr Munckel freute sich über dieses offizielle Anerkenntnis, daß am 18 März 1848 doch eine Revolution, nicht nur wie es unsere Junker stets verkünden, nur eine Revolte, die von ein paar Juden und Polen ausging, stattgefunden habe. Er legte die Photographie des zeichnerischen Entwurfes auf den Tisch des Hauses nieder um zeigen, daß der konservative Baurat sich wirklich nicht sonderlich angestrengt habe, um durch Pracht oder ornamentale Verzierung das Andenken der Märzgefallenen besonders zu ehren, sondern sich auf die Herstellung eines ganz einfachen würdigen Friedhofsgitters beschränkt habe. Aber unsere Junker wollen auch von diesem einfachen Friedhofsgitter nichts wissen, sie möchten am liebsten die Gräber der Märzgefallenen dem Erdboden gleich machen und so jede Spur von ihren Erdentagen vertilgen.

Unser Eisenbahn- und Verkehrsminister, dem die Bauverwaltung untersteht, wies den Beschwerdeführer Munckel glatt ab und zog sich hinter den Einwand zurück, daß ja die letzte Entscheidung und zwar die des Oberverwaltungsgerichts in der Sache noch ausstehe und nicht ihn, sondern den Minister des Innern die Sache angehe. Auf der Rechten aber schändete man die toten Märzkämpfer. Der Graf Limburg-Stirum und Herr von Puttkamer, ein naher Verwandter des verstorbenen Ministers, verunglimpften das Andenken der Toten, wie es ihrer Gesinnung entspricht und lobten natürlich das Vorgehen der Polizei und der Regierung über den grünen Klee. Spaßig war der Versuch der beiden Herren, preußische Geschichte zu machen oder besser zu fälschen und den edlen König Friedrich Wilhelm IV. zu reiten. Herr v. Puttkamer wurde bei seinen damit verbundenen Ausfällen auf die Linke mehrmals unparlamentarisch und zog sich mehrere Rügen des ultramontanen Vizepräsidenten v Heereman zu.

Von den Freisinnigen sprachen noch der alte Langerhans und der Wadenstrümpfler Ehlers, auch Munckel replizierte noch einmal sehr glücklich. Weder vom Zentrum noch von den Nationalliberalen sagte irgend ein Abgeordneter ein Wort zu der ganzen Angelegenheit. Fürwahr ein edles Brüderpaar! Die frommen Freunde des Herrn Paasche und die frommen Freunde des Herrn Lieber sind einander wert.

Trotz der schmählichen Beschimpfungen der beiden ostelbischen Krautjunker war die Debatte eine Ehrung der Märzkämpfer. Die für die Freiheit gefallenen Helden können es vertragen, wenn sie von den Anbetern der brutalen Gewalt mit Schmutz beworfen werden. In Herzen des Volkes gräbt sich ihr Andenken nur noch um so tiefer ein!

* * *

Die Debatte nahm folgenden Verlauf:

Abg. **Munckel** (Freis. Volksp.): Die Angelegenheit, die ich hier vorbringen will, gehört eigentlich nicht hierher, aber es ist wohl anzunehmen daß die Bauverwaltung damit befaßt worden ist. Auf das Gesuch der Stadt Berlin um Erteilung der Bauerlaubnis für den Friedhof der Märzgefallenen ist erst nach neun Monaten ein Bescheid ergangen. Der Bescheid lautete bekanntlich ablehnend, weil das Projekt eine Verherrlichung der Revolution darstelle. Ich lege die Zeichnung auf den Tisch des Hauses nieder damit Sie sich übergeugen können, welche Ehrung der Märzgefallenen damit beabsichtigt war. Das Portal und die Umfriedigung sind durchaus einfach gehalten, das Projekt ist entworfen von dem Erbauer des Reichsgerichts in Leipzig einem durchaus konservativen Mann. Die Kosten würden sich auf 6500 Mark belaufen; das ist etwa der 25. Teil der Kosten, welche die Stadt Berlin zur Ausschmückung der Straßen bei der Zentenarfeier auf sich genommen hat. Geopolitzeiliche Bedenken können gegen die Anlage nicht vorliegen, denn Konstruktionsfehler enthält das Projekt sicher nicht. (Heiterkeit.) Man muß also nach anderen Gründen gesucht haben, und diese Gründe können nur politischer Natur sein. Ich bestreite aber, daß zu einer derartigen Verfügung ein Rechtsgrund vorliegt. Von einer Demonstration konnte eben nicht die Rede sein. Ich würde es bedauern, wenn die Stadt Berlin eine Demonstration zur Verherrlichung der Märztage mit einem solchen Kostenaufwande bezweckt hätte. (Sehr gut! links.)

Eine Inschrift ist auf dem Entwurf gar nicht enthalten, sie würde auch gar keiner baupolizeilichen Genehmigung bedürfen. Von einer Verherrlichung der Revolution wird in dem Bescheide des Polizei-Präsidenten gesprochen. Ich freue mich über diese Anerkennung, denn sonst sprach man immer nur von einem Auflauf, einer Revolte, einer Empörung. Ich freue mich, sage ich, denn wir alle haben unser Gutes von jener Bewegung, vor allem der Landtag, der direkt aus ihr hervorgegangen ist, dann aber auch der deutsche Reichstag und der deutsche Kaiser. (Lachen rechts.) König Friedrich Wilhelm IV. hat ja auch die Berechtigung jener Bewegung selbst anerkannt. (Widerspruch rechts.) Oder wollen Sie sagen, daß jene Ehrenbezeugungen nicht aufrichtig gemeint, nicht freiwillig dargebracht worden waren? Als konservativer Mann würde ich das nicht wagen. Als liberaler Mann kann mir ein Zweifel gar nicht kommen. Das konstitutionelle Regiment in Preußen ist in jenen Tagen geboren worden. (Widerspruch rechts.) Allerdings, wäre Herr v. d. Recke damals schon Minister gewesen, so wäre damals nur noch den Füßen geschossen worden. (Heiterkeit.) Dann brauchten wir heute keine Bauerlaubnis für eine Kirchhofs-Umfriedigung nachzusuchen. Ein rechtlicher Grund für die Verweigerung der Erlaubnis liegt nicht vor. Um so mehr böses Blut hat die Verfügung gemacht. Und sollte die Entscheidung über die Beschwerde, und sollte der Prozeß vor den Verwaltungsgerichten wieder neun Monate dauern, so werden wir noch lange Zeit haben, uns über diese Frage zu unterhalten. Wenn Sie glauben daß durch das Hinsehen der Sache die ganze Geschichte zum Stillschweigen kommen soll, so irren Sie sich (Beifall links.)

Minister **Thielen**: Beim Etat der Bauverwaltung ist wohl noch niemals eine so politische Rede gegalten worden. (Sehr richtig! rechts) Abg. Munckel sagte selbst, die Sache gehört eigentlich nicht hierher, es kam ihm also nur darauf an, diese politische Rede zu halten diese Rede zur Verherrlichung der Revolution oder — wenn Sie wollen — der Empörung. Namens der königlichen Staatsregierung weise ich diese Ausführungen des Abg. Munckel auf das allerent schiedenste zurück. (Lebhafte Zustimmung rechts, Unruhe links.) Mag die Sache den Minister des Innern angehen oder sonst ein anderes Mitglied der königlichen Staatsregierung, zur Sache selbst habe ich keine Veranlassung, irgend eine Erklärung abzugeben. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.): Im muß Verwahrung einlegen gegen die Auffassung des Abg. Munckel, daß der 18. März für Preußen eine so entscheidende Bedeutung haben soll. Die Geschichte wird feststellen, daß er für Preußen von gar keiner Bedeutung war, noch weniger aber für das Deutsche Reich. Es war eine Empörung, und eine verruchte Empörung, weiter nichts. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Die Tendenz der Stadtbehörden von Berlin impliziert eine Fälschung der Geschichte. Eine solche darf die Staatsregierung nicht dulden. Allerdings hätte ich gewünscht, daß der Polizeipräsident in seinem Bescheid ere anderes Wort gebraucht hätte als Revolution. Es war keine Revolution, sondern eine Revolte, die den Gang der Geschichte nicht ernstlich beeinflußt hat. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Ich hätte ferner gewünscht im Interesse der Regierung, daß sie mit dem Bescheide nicht so lange hätte auf sich warten lassen. Das giebt der Regierung nicht den Charakter der Entschiedenheit und Energie. (Sehr richtig!) Die Tendenz ist bei der Umfriedigung nicht zu leugnen, daß eine Verherrlichung der Revolution beabsichtigt war. Erst wollte man ein Denkmal setzen, dann einen Kranz niederlegen, und schließlich hielt man es für gut, es mit einem kleineren Denkmal zu versuchen. (Sehr gut! rechts. Widerspruch links.) Dieses sollte ein Zeichen sein der Achtung und Hochschätzung der dort begrabenen Leute seitens der städtischen Behörden sein. Es stehen sich nun einmal zwei politische Tendenzen gegenüber, und da müssen wir auf der Seite der Regierung stehen, um Ihrer Tendenz entgegen zu treten. (Beifall rechts.) Das Verhalten des Königs in jenen Tagen zeugt von seiner edlen Gesinnung und von dem Wunsche mit seinem Volke eins zu werden. (Beifall rechts.) Den Volke eine Verfassung zu geben, lag so mir so in der Absicht des Königs. (Widerspruch links.) Diese Absicht entsprang der Erkenntnis seiner Zeit, daß man das Volk mitwirken lassen müsse. Das Deutsche Reich nun gar ist nicht von den Freunden des Abg. Munckel, die 1848 ja wohl im Zentrum der Ereignisse gestanden haben mögen, sondern unsere Armee geschaffen worden. (Widerspruch links, Beifall rechts) Mit der Verzagung der Bauerlaubnis hat die Staatsregierung durchaus nur ihre Pflicht getan. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links — erneuter lebhafter Beifall rechts, wiederholtes, heftiges Zischen links; Rufe rechts: Ruhe!)

Abg. **von Puttkamer** (kons.): Die Geringschätzung der Mittel schließen die Absicht der Demonstration nicht aus. Man braucht ja nur eine rote Fahne am Tage der Revolution auf dem Kirchhof in Friedrichshain aufzupflanzen mit der Aufschrift: Tod den Tyrannen! — Das wäre noch viel billiger als 6500 Mark, aber eine Demonstration wäre es zweifellos. (Zustimmung rechts.) Ein so scharfsinniger Jurist, wie Abg. Munckel, sollte doch solche Argumente nicht vorbringen.

Abg. **Munckel**: Auch wenn eine Sache der Entscheidung der Verwaltungsgerichte unterliegt, bin ich durchaus berechtigt, dieselbe hier zur Sprache zu bringen. Von einer Verherrlichung kann nur die Rede sein, wenn die Ausstattung über ein gewisses Maß hinausgeht. Das ist hier nicht der Fall, wie die Zeichnung ergiebt. Die deutsche Idee ist jede falls in den Tagen jener Revolution kräftig geworden; selbst der König sprach damals vom Aufgehen Preußens in Deutschland. (Beifall links.) Gewiß haben die Soldaten die Seele erfochten, aber sind denn die Soldaten willenlose Maschinen? Die Begeisterung, die sie beseelte, stammte aus jenen Tagen. (Lachen rechts.) Ueber Geschichte brauche ich mich mit dem Grafen Limburg nicht auseinanderzusetzen. Das habe ich allerdings noch nicht gewußt, daß über die Geschichte der Berliner Polizeipräsident und in zweiter Instanz etwa der Arbeitsminister und schließlich Graf Limburg zu entscheiden hat. (Heiterkeit.) Zu seinen Gunsten Obliegenheiten kann jedenfalls der Polizeipräsident nicht auch noch die Rolle eines Wächters der Geschichte übernehmen. (Beifall links.)

Abg. **Ehlers** (Freis. Vereinig.): Was das Grabgitter für den Friedhof im Friedrichhain betreffe, so sei das Haus nicht die Stelle, um etwa durch Mehrheitsbeschlüsse Weltgeschichte zu machen. Auch der Beschluß des Polizeipräsidenten wird keinen besonderen Einfluß auf die Geschichte üben. Man hätte dieses Grabgitter also ruhig als ein Stück Hochbau, nicht als ein Stück Weltgeschichte ansehen sollen.

Abg. **Dr. Langerhans** (Freis. Volksp. — schwer verständlich) stellt in Abrede, daß das Portal ein Denkmal sein solle zur Verherrlichung der Revolution. Die Stadtbehörden hätten nur eine schon zu lange verschobene Pflicht erfüllen wollen. Dank sind wir den Opfern jener Bewegung von 1848 jedenfalls schuldig, denn ihr allein verdankt das deutsche Volk alle seine politischen Errungenschaften. Gewiß hatte der König die Verfassung versprochen, wiederholt sogar versprochen, aber das Versprochene wurde nicht gehalten. Erinnert sich denn Graf Limburg-Stirum nicht des Wortes: Zwischen mich und mein Volk soll sich kein Stück Papier drängen. Das Stück Papier war eben die Verfassung. Die Leute, die da draußen liegen, sind für eine große Idee gestorben. Und zum Dank wollen wir ihnen hier ein kleines Denkmal setzen. (Rufe rechts: Also doch ein Denkmal!) Deshalb versteht man auch nicht die Entscheidung des Polizeipräsidenten.

Abg. **v. Puttkamer**: Wenn sich ein Zweifel darüber bestanden hat, ob es sich um eine Verherrlichung der Revolution handelte, so ist derselbe durch die Reden der Abgg. Munckel und Langerhans bestigt. Eine Demonstration stand in Frage. Ob die Polizei im Recht ist, wenn sie eine solche verhindert, das ist eine Frage des politischen Taktes, über die wir nicht einig werden. Was der Vorredner über die angebliche Schwäche des Königs Friedrich Wilhelms IV. sagte, ist geradezu eine **Blasphemie** (Gotteslästerung). Wenn der König sich schwach gezeigt hat in jenen Tagen, so ist das nur dadurch zu erklären, daß der edle Charakter das Blut seiner Landeskinder nicht länger mit ansehen konnte. (Vizepräsident Frhr. v. Heereman beanstandet das Wort Blasphemie und ersucht den Redner, dasselbe zurückzunehmen.) Redner tut dies und fährt dann fort: Wir bedauern, daß die Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses dazu benutzt worden ist, um die Erinnerung an die Märztage wachzurufen. Als Abg. Munckel anfing, blickte ich mich erstaunt um, ob wir uns im Abgeordnetenhause befinden oder im Reichstage. Im letzteren sind wir derartige Reden ja gewöhnt von einer Partei, die die Grundlagen unseres Staatslebens untergraben will. (Sehr richtig! rechts.) Uns konnte diese Debatte nur mit Schmerz erfüllen und wir wären auf die Sache am liebsten gar nicht eingegangen. Aber nachdem man uns mit Invektiven (Schmähreden) gekommen, wie, daß wir die Verhinderer der deutschen Einheit gewesen seien, mußten wir diese Invektiven zurückweisen. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Frhr. **v. Heereman** bezeichnet den Ausdruck Invektiven als nicht erlaubt

Abg. **Munckel**: Es ist keinem Menschen eingefallen, dem König Friedrich Wilhelm IV. Schwäche vorzuwerfen. Sie auf der Rechten haben gesagt, er sei zu gutmütig gewesen. Zu gutmütig, das heißt aber doch im allgemeinen schwach, ich will das Wort nicht gebrauchen, das man sonst in solchem Falle anwendet. Ich weiß nicht, ob die Herren dem Verhalten des Königs gerecht geworden sind. (Unruhe rechts.) Diese Debatte dient zur Verherrlichung der Märztage, sie soll dazu dienen, und der Minister, der sie hat hindern wollen, hat sie gerade herbeigeführt. (Lebhafter Beifall links — Zischen und Wut-Rufe rechts.)

Vizepräsident Frhr. **v. Heereman**: Wut-Rufe sind nicht parlamentarisch. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. v. **Puttkamer**: Abg. Munckel hat seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der Präsident zwei Ausdrücke von mir gerügt hat. Ja der Regel ist das nicht üblich. Aber diesmal will ich dem Abg. Munckel diese Freude gern gönnen, mit Rücksicht auf den heutigen Tag, an dem er sonst so viel Maßhaltung gehabt hat. (Beifall rechts — Widerspruch und Lachen links.)

Vizepräsident Frhr. **v. Heereman**: Wenn Abg. Munckel sich in dem vom Abg. v. Puttkamer gerügten Sinne geäußert hätte so würde ich das nicht zugelassen haben. Abg. Munckel hat aber die beiden Ausdrücke nur historisch gestreift. (Heiterkeit.)

Tagesgeschichte.

Der Kuhhandel ist perfekt geworden. Die Zentrumspartei hat am Mittwoch nachmittag in der Budget-Kommission bei der zweiten Beratung der Militärvorlage die zehn neuen Eskadrons Jäger, die bei der ersten Beratung abgelehnt worden waren, bewilligt. Die Regierungsvorlag verlangte eine Erhöhung der Friedenszstärke um 861 Offiziere 3299 Unteroffiziere und 23277 Gemeine. Nach der Vorlage des Zentrums sollte ein Abstrich von 7006 Gemeinen vorgenommen werden. Die Regierungsvorlage wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt, die Vorlage des Zentrum gegen 6 Stimmen (Sozialdemokraten und Freisinnige und Süddeutsche Volkspartei) angenommen. Der Antrag Richter die zweijährige Dienstzeit dauernd festzulegen, wurde mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt.

Die Kritik von Handlungen des Kaisers ist in Reichstage verpönt, nicht einmal die einfache Erwähnung Wilhelms II. gestattet das prächtige Dreigestirn Ballestrem-Frege-Schmidt. Daß ein derartiger Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist, und daß besonders von den Abgeordneten unserer Partei diese Praxis durchbrochen werden muß liegt auf der Hand. Wilhelm II. ist ein Mann von lebhaftem Temperament, er macht kein Hehl aus seiner Meinung über Handlungen und Beschlüsse des Reichstages und dessen verschiedene Parteien; besonders die Sozialdemokratie spielt in seinen Reden eine große Rolle. In welcher Weise Wilhelm II. die Sozialdemokratie behandelt, ist zur Genüge bekannt. Eine Kritik erfordert eine andere, und die Sozialdemokratie würde einen taktischen Fehler begehen, wollte sie allen diesen Reden gegenüber stillschweigen und sich dem Kürassierregiment der Ballestrem-Frege-Schmidt beugen. Unsere Vertreter im Reichstage werden sich das Recht erzwingen müssen, die Reden und Handlungen Wilhelm II. wo sie für die Oeffentlichkeit von Interesse sind, gebührend z

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990310-11/fragment/page=0001

Bekenchen. Sollte das Präsidenten-Dreigestirn sie daran zu hindern versuchen, dann können sie sich auf einen Mann berufen, der bei Eröffnung des Reichstags und auch bei späteren Gelegenheiten von dem Kürassier-Präsidenten Ballestrem in überschwänglicher Weise gefeiert und gepriesen worden ist: auf Fürst Bismarck. Unser Burgstädter Parteiorgan grübt eine interessante Aeußerung aus, die der Reichsheros vor 12 Jahren, am 20. Januar 1887, im preußischen Abgeordnetenhause zu dieser Angelegenheit gethan hat. Bismarck hatte sich in einer Rede auf den König berufen. Dies rügte der freisinnige Führer Richter, da nach alter Gewohnheit des Hauses der König in die Debatte nicht gezogen werden dürfe. Auf diese freisinnige Mannesthat antwortete Bismarck wie folgt:

„Der Abgeordnete Richter hat es unanständig gefunden den König in unserer Debatte zu erwähnen. Dann muß er auch die Verfassung unanständig finden, denn in einzelnen Artikeln sagt sie vom König: Der König thut dies und das. Wer wünscht, daß vom König nicht die Rede sein soll der hat das Bedürfnis, die königliche Gewalt in Vergessenheit geraten zu lassen; ja, das sitzt dahinter, wenn man sagt, davon darf nicht gesprochen werden. Wir haben ja in ostasiatischen Ländern solche verehrte Personen gehabt, die so hoch waren, daß sie nicht gesehen und von ihnen nicht gesprochen werden durfte. Wir haben in England die Theorie, daß vom König nicht geredet werden darf, weil das die Aristokratie in den Schatten gestellt hätte. Und bei uns stillte es einen Parteichef in den Schatten, weil zu viel vom König geredet wird. Daß hier und da von einer Gefährdung der Krone die Rede sei, daran glauben ja die Herren selbst nicht, sie sind sich dieser Schwäche bewußt und wollen nur, daß von der Stärke des preußischen Königtums möglichst wenig die Rede sei, dann sind sie schon froh."

Der hier aufgestellte Grundsatz ist zweifellos der einzig richtige, gleichgiltig ob die Handlungen des jeweiligen Monarchen kritisiert werden, um die Stärke des Königtums zu zeigen, oder seine Schwäche aufzudecken. Unsere Abgeordneten werden jedenfalls nicht ermangeln, dem Herrn Ballestrem vor Augen zu führen, was sein Abgott Bismarck über die Hereinziehung des Monarchen in die Debatten amtlich gesagt hat. Für Herrn Ballestrem sind Bismarcks Aeußerungen ein Evangelium und er wird sich hoffentlich von der Stichhaltigkeit des Zitats überzeugen lassen. Thut er dies nicht, nun dann muß es eben auf andere Weise versucht und durchgesetzt werden.

Mein lieber Eduard. Der verabschiedete Admiral v. Knorr gehört, wie die Frankf. Ztg. erfährt, zu den hohen Funktionären, die Wilhelm II. beim Vornamen zu nennen pflegt. Wilhelm II. duzt ihn sogar.

Zwischen Knorr und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts Tirpitz bestanden schon seit längerer Zeit Differenzen. Damit hing auch ein Entlassungsgesuch des Staatssekretärs zusammen. Der Kaiser hatte sachlich wohl zuweilen dem kommandierenden Admiral recht gegeben, er hat sich aber später veranlaßt gesehen, die Form zu mißbilligen, in der dieser seine Ansichten vertreten hatte. Das mag ihm bei dem Wohlwollen, das er für ihn hegte, nicht leicht geworden sein und es mag wohl auch nicht zu scharf ausgefallen sein, so bemerkt dazu die Frankf. Ztg. Nun mußte der Admiral doch verabschiedet werden, denn die Kraft des Staatssekretärs Tirpitz scheint gegenwärtig weniger entbehrlich zu sein. Als Nachfolger Knorrs wird allgemein der Admiral Köster genannt.

Nochmals Herr Rüger. In der Petitionskommission des Reichstags hat nach der Freis. Ztg. am Montag ein Vertreter der Regierung das Recht des Reichstags zu einer Kritik gerichtlicher Urteile, das der Vertreter der sächsischen Regierung, der Generalstaatsanwalt Rüger bekanntlich bestritten hat, ausdrücklich anerkannt. Bei der Besprechung einer Petition um Bewilligung einer Restitutionsrente sprach sich der Regierungsvertreter nämlich dahin aus, daß es sich bei dem in Rede stehenden Falle um grundsätzliche Stellungnahme zu einer richterlichen Entscheidung handle. Der Reichstag habe das Recht und die Pflicht, Abweichungen der richterlichen Urteile von den Rechtsgrundsätzen zu besprechen und die Begriffe dafür festzustellen; auf die Urteile selbst könne er keinen Einfluß haben.

Wie wird Ihnen, Herr Rüger?

Gegen den heiligen Paasche wendet sich ein „hervorragender" Nationalliberaler in den Münch. Neuest. Nachr. Es sei durchaus unrichtig, daß die ganze Fraktion mit den Anschauungen Paasches und seines Adjutanten, des Grafen Oriola, über die allein seligmachende Kirche einverstanden sei. Ihr unbefonnenes Vorgehen enthüllte aber leider einen Riß in der nationalliberalen Partei, der schleunigst geheilt werden muß. Ein eigenmächtiges Hinausstreben oder vielmehr Rückwärtsstreben über die liberalen Grenzen dürfe die Partei bei aller schon weitherzig genug geübten Duldung nicht mehr leiden.

Wenn man den Stumm zum Freunde hat! Der Zeitungsgeheimrat Freiherr v. Zedlitz, ein Haupt-Mitarbeiter des Stummschen Schleifsteins, soll bekanntlich am 1. April Präsident der Preußischen Seehandlung werden. Dieser Posten soll nur ein Uebergangsstadium sein. Freiherr v. Zedlitz soll zum Nachfolger Miquels auserseben sein.

Der Ankauf der Karolinen durch Deutschland scheint perfekt werden zu sollen. Der deutsche Botschafter in Madrid hatte dieserhalb mit dem Ministerpräsidenten Silvela eine lange Unterredung. Deutschland hat anscheinend noch nicht genug Kraft bei wegen seiner Kolonien und die aufzubringenden Kosten sind noch nicht groß genug, so daß wir uns flugs noch so ein Stück Sumpf zulegen müssen.

„In Zivil, ja!" Mit dieser Antwort hatte sich der Reservist Griese auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden in Marienburg als Zeuge zur Sozialdemokrat bekannt und war deshalb zu 14 Tagen Arrest vom Militärgericht verurteilt worden. Der Kriegsminister hat bekanntlich am 2. März im Reichstag diese Verurteilung als durchaus gerechtfertigt bezeichnet, und es so dargestellt, als ob es sich bei der Frage um eine private Unterhaltung zwischen dem Richter und dem Reservisten gehandelt habe vor der eigentlichen Zeugenvernehmung. Der Kriegsminister fügte hinzu: „Wäre der Mann unter dem Eide vernommen worden, so hätte selbstverständlich nichts erfolgen können." Jetzt wird der Nationalll. Korresp. aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß der Reservist Griese, ein Maurerpolier aus Elbing, der in seiner Uniform als Lazaretzgefreiter in der Verhandlung erschienen war, den Zeugeneid bereits geleistet hatte, als er seine Darstellung damit begann, er sei an dem fraglichen Tage mit einem anderen nach Markushof gekommen und habe dort sozialdemokratische Flugblätter verteilt. Auf Antrag des Amtsanwalts richtete der Richter darauf an Griese die Frage, ob er sich denn auch als Sozialdemokrat bekenne, oder der sozialdemokratischen Partei angehöre. Den Zeugen setzte diese Frage in Verlegenheit, er wollte nicht recht mit der Sprache heraus, so daß der Richter sich veranlaßt sah, ihn auf seinen geleisteten Eid und seine Zeugenpflicht hinzuweisen. Darauf erfolgte erst die Antwort: „In Zivil, ja!"

Und trotzdem 14 Tage Gefängnis!

Wegen Kaiserbeleidigung wurde am Mittwoch von der Strafkammer in Berlin der jugendliche Handlungsgehilfe Moses zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist von einem Bekannten denunziert worden.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde der Töpfer und Gymnastiker Vorwerk aus Mühlau von der Strafkammer in Chemnitz zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde im Januar wegen eines Vergehens gegen die Gewerbeordnung verhaftet. Auf dem Wege nach der Polizeiwache leistete er drei städtischen Schutzleuten gegenüber Widerstand, in der Arrestzelle zerriß er vorsätzlich einen der Stadtgemeinde gehörigen Strohsack und stieß eine Majestätsbeleidigung aus.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit von der Strafkammer in Dortmund der Maurerpolier Johann Hausmann aus Sölde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Seiner Beteuerung, daß er von einer Beleidigung des Kaisers nichts wisse und daß er dieselbe, wenn überhaupt, nur in einem Anfall von Geistesstörung, woran er infolge eines Unfalls häufiger leide, gethan habe, schenkte der Gerichtshof auf Grund der Beweisaufnahme und eines ärztlichen Gutachtens keinen Glauben.

Kleine politische Nachrichten. Wegen der Hetzreden des antisemitischen Grafen Bückler ist, wie die Staats-Bürger-Ztg. mitteilt, gegen den Herausgeber des Blattes, sowie gegen den verantwortlichen Redakteur ein Strafverfahren eingeleitet worden. Ein besonderes Strafverfahren schwebt gegen den Grafen Bückler. Auch der antisemitische General-Anzeiger des sattsam bekannten Herrn Sedlatzeck ist in Berlin wegen der Reden des Grafen Bückler konfisziert worden. — In Chicago traten über 100 Vertreter deutscher Vereine zusammen, um ein Massenmeeting zu vereinbaren, auf dem gegen die gegen Deutschland gerichteten Unruhe in den Vereinigten Staaten protestiert werden soll. — Der verstorbene welfische Reichstagsabgeordnete für Melle-Diepholz, v. Arnswaldt-Böhme, wurde bei der letzten Wahl in der Stichwahl mit 6723 gegen 6588 nationalliberale Stimmen gewählt. In der Hauptwahl wurden abgegeben: 4950 welfische, 3191 nationalliberale, 2110 konservative, 556 freisinnige und 467 sozialdemokratische Stimmen. — Die Kommission für das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch hat am Dienstag den Artikel 14 über das Gesinderecht unverändert angenommen unter Hinzufügung folgender Bestimmung: „Die Dienstherrschaft kann ihre Entschädigungs-Ansprüche wegen Verletzung der dem Gesinde aus dem Dienstverhältnis obliegenden Verpflichtungen gegen dessen Lohnforderungen aufrechnen." — Das Oberkommando der Marine soll, wie die Berl. Neuest. Nachr. melden, mit dem Rücktritt des Admirals v. Knorr in Wegfall kommen. In seine Stelle tritt der direkt dem Kaiser zu unterstellende Admiralstab; die bisherige Kommando-Abteilung des Oberkommandos geht an das Marineamt über und damit auch die obersten Kommandoführung wie beim Landheer auf den Kaiser selbst. Die andern Dezernate des Oberkommandos werden wahrscheinlich vom Reichsmarineamt übernommen, das damit eine abermalige Erweiterung erfährt. — Dem Unterstaatssekretär im Kultusministerium v. Bezrauch ist, wie der Reichsanz. meldet, der Titel „Wirklicher Geheimer Rat" mit dem Prädikat „Exzellenz" verliehen worden. — Diese Nachricht steht nicht im Widerspruch mit der früheren Nachricht von der Verabschiedung von Bezrauchs zum 1. April. — Erschossen auf dem Brigadebureau hat sich am Dienstag in Breslau der Oberleutnant v. Kahlden vom 6. Dragoner-Regiment, der als Adjutant zur 11. Kavallerie-Brigade kommandiert war.

Ausland.

Frankreich. Zu den Enthüllungen Esterhazy's weiß der Matin zu melden, daß die Regierung bereits eine Enquete eingeleitet habe. Es stehen in kurzer Zeit noch weitere Enthüllungen und Ueberraschungen bevor.

— General Zurlinden wird, wie verlautet, demnächst den Posten des Militärgouverneurs von Paris verlassen. Als Nachfolger werden die Generale Brugere und Faure-Biguet genannt. Der Eclair behauptet dagegen, das Gerücht über den Rücktritt Zurlindens sei unbegründet.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Wegen Beleidigung von Gefängnisbeamten wurde in Halberstadt Genosse Becker zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die Strafthat soll hauptsächlich dadurch begangen sein, daß B., obgleich er eine Gerichtsladung empfangen, die Ausgabe der Sonntags-Zeitungs Nummer nicht verhindert hat, in welcher eine Notiz über den s. Zt. im Gefängnis weilenden Genossen Meyer enthalten war.

§ Groben Unfug soll ein Parteigenosse in Leuben durch das Austragen eines Flugblattes verübt haben, das zum Protest gegen das Dresdener Zuchthausurteil aufforderte. Er erhielt vier Tage Haft zudiktiert. Selbstverständlich wird Berufung eingelegt.

Parteinachrichten.

— Genosse Rosenow tritt nur auf einige Wochen zur Aushilfe in die Redaktion der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung ein. Ein solches Provisorium ist notwendig geworden, da Genosse Block schon dieser Tage seinen neuen Posten in Dresden antreten muß. Die Preßkommission hat bekanntlich den Genossen Rosenow als 1. Redakteur vorgeschlagen, ob dieser indes dauernd in Dortmund zu bleiben gedenkt, ist noch unbestimmt. Als 2. Redakteur hat die Preßkommission den Genossen Lebius in Nürnberg in Vorschlag gebracht. Die Entscheidung über die Anstellung steht noch aus.

— Bei der Stadtverordnetenwahl in Geestemünde unterlagen, nach Meldungen bürgerlicher Blätter, die bisherigen fünf sozialdemokratischen Vertreter gegen die bürgerlichen Parteien.

Der Roman einer Verschwörung.

Von A. Ranc.

Aus Deutsche übertragen von Marie Kunert.

531 (Nachdruck verboten.)

Er nahm seinen Bruder beim Arm, zog ihn in eine Ecke, gewaltsam seine Hand pressend.

„Du sprichst von Feigheit, Unglücklicher", sagte er mit mühsam unterdrückter Stimme. „Weißt Du, was feig wäre? Wenn Du aus Eigenliebe unserer Mutter das Herz brächest. Siehst Du nicht, daß sie nahe daran ist, in Schluchzen auszubrechen? Willst Du, daß sie uns beide mit einem Male verliert? Wenn es mir nicht gelingt, wenn ich unsere Freunde nicht retten und mit ihnen fliehen kann, wenn ich Herbe, war tröste: dann die arme Mutter, die bald vielleicht alle Schmerzen des Lebens bis zur Neige ausgekostet hat? Da! Sieh sie an, Louis. Sie macht übermenschliche Anstrengungen, um ruhig zu scheinen, . . . Es ist fürchterlich mit anzusehen! Glaubst Du, daß ich, wenn nicht die Ehre unweigerlich gebiete, zu bleiben, nicht sofort fliehen würde, um ihr die Thränen zu ersparen? Du hast keine Verpflichtung übernommen, Louis. Du kannst frei handeln. Geh, Bruder, ich beschwöre Dich. Wenn ich Dich nicht in Sicherheit weiß, wenn ich nicht gewiß weiß, daß Du unserer Mutter, die uns so sehr liebt, bleibst, dann habe ich nicht die Ruhe und Kaltblütigkeit, die mir bald so nötig sein werden."

„Du willst es", sagte Louis mit Thränen in den Augen. „Es sei. Ich werde abreisen."

Dann kamen die beiden Brüder zu Frau Rocherenil zurück.

„Nun, Mutter", sagte Pierre, „es ist abgemacht, Louis reist morgen nach Nantes, und wir, Abbe, kehren in die alte „Heimsuchung" zurück. Bah! Wir werden nicht lange dort bleiben!"

Frau Rocherenil dachte nach.

„Herr Georget", fragte sie plötzlich, „kann ich Ihnen hier oder in Poitiers irgendwie nützlich sein?"

„Nein, gnädige Frau, nein; unser Plan ist fertig, alle unsere Maßregeln sind getroffen. Es handelt sich um eine Nacht; wir wissen, wo wir uns zuerst verbergen sollen und wie wir dann Poitiers ohne Gefahr verlassen können."

„Ist das wahr, Pierre?"

„Ja, Mutter. Hege keine Unruhe. Du wirst vierzehn Tage lang nichts von uns hören, das ist alles."

„Wenn es so ist, werde ich Louis nach Nantes begleiten; ein junger Mann, der mit seiner Mutter reist, wird weniger verdächtig sein. Nicht wahr, Pierre? Ich werde ihr erst verlassen, wenn er sich einschifft. Ich kenne Nantes und seine Umgegend", fuhr sie mit leichtem Zittern in der Stimme fort, „es kann ihm vielleicht nützlich sein. Wie denkst Du darüber, Pierre?"

Rocherenil küßte seine Mutter.

„Ach", sagte er voller Verehrung und Bewunderung, „immer dieselbe!"

„Fürchtet nichts, Kinder", sagte Frau Rocherenil noch. „Ich habe Kaltblütigkeit und Kraft, wenn es sein muß; Ihr wißt es, und dann bin ich eine Frau, d. h. listig. Du hast es im Gefängnis gesehen, mein lieber Pierre."

Aus ihrer Mutterliebe schöpfte sie die Kraft, in diesem Augenblicke noch zu scherzen.

Es war spät geworden und der Moment des Abschiedes gekommen. Jeder fühlte es — niemand brach das Schweigen.

„Vorwärts", sagte endlich Pierre Rocherenil mit erregter Stimme. „Wir müssen uns jetzt trennen. Wir haben kaum noch Zeit, Poitiers vor Tagesanbruch zu erreichen. Louis, Du wirst uns bis zu den Felsen begleiten; ich habe Dir noch einige Anweisungen zu geben."

Dann trat er zur Mutter und nahm sie in die Arme. Sie drückte ihn lange an das Herz und sagte ihm ins Ohr:

„Mein Sohn, denke an mich!"

Abbe Georget trat vor.

„Wollen Sie mir gestatten, Sie zu umarmen?" sagte er zu ihr. „Es wird mir Glück bringen."

Dann entfernten sich die drei Männer.

Als sie allein war, fiel Frau Rocherenil wie zerschmettert in einen Sessel; aber fast augenblicklich sprang sie wieder auf.

„Keine Schwäche!" sprach sie zu sich selbst, „ich brauche alle meine Kraft."

Sie erhob die Augen zu dem Bilde ihres Gatten:

„Du, den ich so sehr geliebt habe, Dein Andenken soll mir Mut geben."

Dies war ihr Gebet.

Mitten in all ihrer Angst war Frau Rocherenil stolz auf ihre Kinder. Sie bewunderte sie. So trostlos sie jetzt war, sie hätte ihre Söhne weniger geliebt, wenn sie anders gewesen wären. Ihre Ehre war ihr teurer als ihr Leben. Sie wollte, daß sie edel und würdig blieben bis ans Ende. Vielleicht hätte sie es über sich gewonnen, sich im Falle der höchsten Not Napoleon zu Füßen zu werfen, aber nie hätte sie es ihren Söhnen verziehen, daß sie sich erniedrigten, um eine Gnade zu erhalten.

XXVI.

Am nächsten Abend kehrten Pierre und der Abbe, da sie von Louis keine Gegenordre erhalten hatten, in die Stadt zurück. Alles ging gut. Sie spazierten in der dunkelsten Allee der dem Bürgermeister gehörigen Gärten auf und ab und erwarteten die mit Descosses verabredete Stunde. Sie waren nicht allein. Eine in einen dicken Mantel mit aufgeschlagenem breitschaten Kragen gehüllte Person plauderte mit ihnen. Diese Persönlichkeit war kein anderer, als der alte Herr mit der zimmetbraunen Hose, Jacotin, genannt Bipette. Der gute Mann wetterte folgendermaßen:

„Ach! Tod und Teufel! Eine so fein eingefädelte Sache! Das beste nach Maiet! Und so wenig Glück! Wenn Herr Fouché nicht widerhaarig gewesen wäre, hätten Sie den Vogel aus dem Nest genommen. Denn, sehen Sie, wenn Sie sich auch nicht über ihn beschweren, so sehe ich doch, daß Herr Fouché es war, der Sie aus dem richtigen Kurse gebracht hat! Tod und Teufel! Wenn ich das gewesen wäre! Aber Herr Fouché hat kein Herz im Leibe. Er will immer ganz sicher gehen. Am Ende ist das aber widerlich."

„Ach so, Herr Jacotin", sagte der Abbe. „Sie hassen wohl Bonaparte?"

„Ich? Durchaus nicht. Ich habe keine Meinung. Aber ich hasse Novigo und finde die Polizei dumm. Meine fixe Idee ist, selbst Polizei zu spielen. Nun, Sie sehen, daß ich sterben werde, ohne dieses Vergnügen gehabt zu haben. Ich werde nie ganz nach meinem Gefallen konspirieren können. Schon einmal, zu den Zeiten Moreaus und Georges, hat man mir den Bissen vor der Nase weggeschnappt. Dann hatte Herr Fouché Lust, den General Pichegru aus dem Temple reiten zu lassen. Ich hatte ein Plänchen ausgedacht, das die Billigung des Generals hatte. Na ja, und da haben die Mamelucken dann auf ihre Art Ordnung gemacht. Das Mißgeschick verfolgt mich. Ich war es, der Maiet erkannte. Ohne mich wäre er nicht verhaftet worden. Ich sage Ihnen, man hat mich behext. Ich bringe den Leuten Unglück. Ich komme hierher. Ich arbeite — ich kann es wohl sagen — gewissenhaft. Ich mache keine einzige Dummheit. Ich benachrichtige Sie von der Ankunft Degranges; ich erkenne den großen Schurken, den Mehu, und mache Sie auf ihn aufmerksam.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Expressungsversuch. Der kleine Max (der zu Weihnachten einen photographischen Apparat bekommen hat, zu seiner Schwester): „Luise, ich habe Dich gestern in dem Augenblick photographiert, wie Dich der Leutnant geküßt hat . . . Willst Du mir zwanzig Pfennig für das Bild geben oder soll ich's an Papa verkaufen?"

— Nicht so schlimm. Ehemann (jungvermählt): „Nun wie gefällt Dir mein Weibchen?" — Freund: „O, ich glaubte immer, Du hättest viel mehr Schulden gehabt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990310-11/fragment/page=0002

Gewerkschaftliches.

In den Steinbrüchen bei Springe, die der Firma Otto Wolter, Berlin, gehören, befinden sich die Arbeiter im Ausstand. Die Streikenden verlangen die Entlassung eines Bruchmeisters und Innehaltung des Tarifs.

Seines Amtes als Gewerbegerichtsbeisitzer von Berliner Gewerbegericht auf Veranlassung des Oberpräsidenten von Brandenburg **enthoben** wurde der Kellner **Ferdinand Wegener**. Die Verfügung besagt, daß Wegener, der seit längerer Zeit Verleger und verantwortlicher Redakteur des Fachblattes „Der Gastwirtsgehilfe" ist, nicht als Arbeitnehmer angesehen werden kann. Ob hat gegen diese Verfügung Beschwerde erhoben. Der Entscheidung dieser Angelegenheit wird mit um so größerer Spannung entgegengesehen, als, wie verlautet, noch einer Anzahl anderer Arbeitnehmerbeisitzer am Berliner Gewerbegericht das gleiche Schicksal bevorsteht.

Zum Klassenkampf der Weber in Krefeld. Am Montag früh sollte eine ganze Ladung Lehrlinge für die Sommerwoche bereits ankommen, welche die Direktoren und Meister der verschiedenen Fabriken in der Umgegend angeworben hatten. 25 Mk. Wochenlohn hatten denselben einige Fabrikanten versprochen. Polizeibeamte waren in größerer Anzahl an den verschiedenen Fabriken postiert, um die „Streikbrecherwilligen" zu schützen. Begreifliche Lebensmühe. Kein einziger ließ sich blicken. Wenn die Herren Fabrikanten Ware gemacht haben wollen, werden sie entweder endlich ihren Trotzkopf beugen und den Arbeitern entgegenkommen, oder mit ihren Frauen und Töchtern selbst in den Fabriksaal einziehen müssen. Die soziale Kommission hielt am 3. März eine Sitzung ab. Von den beiden Parteien war keine erschienen. Die soziale Kommission beschloß, ihre Ausgleichsversuche dennoch fortzusetzen und getrennt mit den Parteien zu verhandeln.

Auf dem Bündener Eisenwerke m. b. H. haben die Arbeiter ihre Arbeit niedergelegt; sie verlangen vor Wiederaufnahme der Arbeit: erstens Wiedereinstellung für zwei gemaßregelte Arbeiter, zweitens Erhöhung des Lohnes für die Ueberstunden um 10 Pfg. Letzteres will die Firma bewilligen, dagegen weigert sie sich, den einen der Entlassenen wieder einzustellen, da dieser ein „sozialdemokratischer Agitator" sei und ihr den „Gehorsam verweigert habe".

Die Dresdener Steinarbeiter haben durch eine im Monat Februar vorgekommene Erhebung festgestellt, daß in diesem Monat, ungerechnet der abgereisten, am Orte 400 Steinarbeiter brotlos waren. Während um die selbe Zeit des Vorjahres 900 Personen arbeiteten, waren 1899 nur 350 beschäftigt. Die Organisation der Steinarbeiter erblickt in dieser Tatsache und unter Berücksichtigung noch anderer Umstände die Anzeichen einer Baukrise.

Zur Lohnbewegung der Schneider. In Leipzig nimmt der Streik eine günstige Wendung, da bereits 12 Firmen die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. In München haben weitere 17 Firmen den Tarif anerkannt, so daß jetzt 66 Firmen mit 905 Gesellen zu den gestellten Bedingungen arbeiten lassen. Im Ausstande befinden sich noch 453 Gesellen.

In München wurde über die Möbelfabrik von J. Fried (Löwengrube) die Sperre verhängt.

Die Schuhmacher in Tuttlingen sind ausgesperrt worden. Etwa 2000 Arbeiter werden von der Maßregelung betroffen.

Die Schmiede Dresdens sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Ausland.

Dänemark. Ein gewonnener Fischerstreik. Seit drei Jahren hatten die Fischer von Thorsmünde-Tangen an der Westküste Jütlands beschlossen, niemand mehr übersetzen, bevor ihnen das Amt nicht einen höheren Fahrlohn zahlte. Die Fischer haben diese Streikübereinkunft so streng gehalten, daß nur der Telegraphen-Revisor im vorigen Sommer übergesetzt wurde, der 15 Kronen für die Ueberfahrt zahlte. Jetzt haben die Fischer gesiegt. Der Amtsrat hat 100 Kronen zur Anschaffung von Fahrmaterial und 200 Kronen Zuschuß für die Fahrleute bewilligt. — Der Buchbinderstreik in Kopenhagen ist beendet.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 9. März 1899

* **Der sozialdemokratische Arbeitsnachweis.** Als in der Stadtverordnetensitzung vom vorigen Montag der Genosse **Krüger** bei dem Kapitel „Gemeinnützige Zwecke" die Streichung der 3000 Mark für den Verein Volkswohl beantragte, rief ihm der Herr Oberbürgermeister zu: Ein sozialdemokratisches Arbeitsamt wollen wir nicht. (Siehe den Schluß unseres Stadtverordnetenberichts.) Herr Staude scheint demnach eine heilosse Angst vor dem Eindringen der Sozialdemokraten in ein zu errichtendes Arbeitsamt zu haben, denn er schwang den roten Lappen, der ja noch immer ein Zugmittel für ängstliche Gemüter ist, so kräftig und andauernd, daß die Stadtverordnetenmehrheit sich schleunigst bemühte, denselben roten Lappen zu vernichten, indem sie die Anträge Krügers ablehnte. Aus den Worten des Herrn Oberbürgermeisters aber ist zu entnehmen, wie sehr dieser alle Fragen nur von dem Grundsatz aus behandelt, ob Sozialdemokraten in Betracht kommen oder nicht. Denn sonst hätte er unmöglich einen solchen Ausspruch thun können. Die Herren beklagen sich immer, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit der Sozialdemokratie anhängen, sobald es sich aber darum handelt, für die Arbeiter eine Einrichtung zu treffen, die für Arbeiter und Arbeitgeber von gleichem Nutzen sein wird, wie die Bildung eines Arbeitsamts, zeigen sie sofort, daß Sozialdemokraten einen Einfluß auf ein derartiges Institut erlangen können, und ihre ganze, so oft hervorgehobene Sympathie für die Arbeiter geht zum Teufel. Da brauchen sich die Herren nicht zu wundern, daß selbst die der Sozialdemokratie noch fernstehenden Arbeiter in immer größerer Zahl sich der Letzteren anschließen, wenn sie sehen, daß Einrichtungen, die einen halbwegs arbeiterfreundlichen Charakter tragen, nur von dem Standpunkt aus beurteilt werden, ob eventuell die Sozialdemokratie dabei ihre Finger steckt oder nicht. Uns erweist hingegen Herr Staude nur einen Gefallen, wenn er seiner Antipathie gegen die Sozialdemokratie so laut wie möglich Ausdruck giebt. Weiß die Arbeiterschaft dann doch, was sie von dem Oberbürgermeister der Stadt Halle zu erwarten hat.

Was den **Arbeitsnachweis** des Vereins für Volkswohl an sich anlangt, so steht fest, daß dieser Arbeitsnachweis nie Gemeingut der gesamten hallenschen Arbeiterschaft wird. Wenn ein gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis errichtet werden soll, dann wollen diejenigen, die es in erster Linie angeht, die Arbeiter auch etwas zu sagen haben. Und das ist bei dem Arbeitsnachweis des Volkswohl nicht der Fall. Deshalb haben die Arbeiter auch zu diesem kein Vertrauen. Und er wird auch in Zukunft bleiben, was er schon seit Jahren ist: ein Gesindevermiengsbureau und sonst weiter nichts.

* **Die ländliche Arbeiterfrage** beschäftigte die am vorigen Sonnabend im Gasthof zum Kronprinz stattgehabte **Versammlung des Landwirtschaftlichen Bauernvereins des Saalkreises in ausgiebigstem Maße. Herr v. Mendel-Steinfels, der hallesche Oberagrarier, hielt einen Vortrag über den Arbeitermangel auf dem Lande und machte aus seinem Herzen keine Mördergrube.** Die Regierung ist noch immer viel zu „national", wenn es sich um die Befriedigung der junkerlichen Ausbeutungslust handelt. Die Agrarier sind zwar auch national, aber nur, wenn es nichts kostet und obendrein noch etwas einbringt. So fordert denn Herr v. Mendel frisch, fromm, fröhlich, frei die Erleichterung der Einwanderung russischer Arbeiter, „soweit nationale Rücksichten es gestatten". Wie weit diese „nationalen Rücksichten" gehen sollen, darüber schweigt sich Mendel allerdings vollständig aus, jedenfalls soweit, bis die Junker genug russische Arbeiter haben. Dann können die „nationalen Rücksichten" getrost wieder in ihre Rechte treten. Wenn auf der einen Seite die Vorliebe für russische Arbeiter zugenommen hat, jedenfalls weil dieselben die Knute schon gewöhnt sind, ist die Sympathie für die chinesischen Kulis bei Herrn v. Mendel schon bedenklich ins Wanken gekommen. „Der Import von Kulis sei keineswegs billig und glatt, wie mancher meint, und dabei sei es sehr fraglich, ob sie wirklich der Landwirtschaft Nutzen bringen würden, selbst wenn Maßregeln getroffen würden, daß sie uns nicht lästig würden, wie sie sich den Amerikanern in arger Weise erwiesen, weshalb die Frage des Chinesen-Imports mit allergrößter Vorsicht erwogen werden müsse." Das mag ein rechter Schmerz für die agrarischen Schüler gewesen sein, als ihr großer Meister diesen schönen Wahn des Kuli-Imports zerstörte, und dieser Schmerz mag zugenommen haben, als einer der Beamten der Landwirtschaftskammer, Herr Dr. Hollrung, den Mendelschen Ausführungen noch hinzufügte, „daß es eine falsche Anschauung sei, wenn mancher meine, daß chinesische Kulis gute ländliche Arbeiter abgeben könnten; nach mehrjährigen Erfahrungen auf Plantagen-Wirtschaften der Südsee ist der Redner zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Chinese, der seine Heimat verläßt, um auswärts Arbeit zu suchen, meist zum Gesindel ersten Ranges gehört, einzeln feig, in Massen gewaltthätig ist und als einzige gute Seite nur die Sparsamkeit hat, aber, weil er nach Erlangung eines kleinen Kapitals stets in die Stadt geht und sich selbständig macht, der Landwirtschaft nur vorübergehende Dienste leisten würde, noch dazu unter großen Schwierigkeiten infolge der Sprachverschiedenheit."

Das sind recht bittere Wahrheiten und so mancher Rittergutsbesitzer ist wieder um eine Hoffnung ärmer geworden.

Wir dagegen acceptieren dankbar das Geständnis der Herren v. Mendel und Hollrung. Wird doch dadurch so manchem dieser Kulischwärmer ein starker Dämpfer aufgesetzt, der nach der „Pachtung" von Kiautschou mit frenetischem Siegesgeheul verkündete, daß man die begehrlichen deutschen Arbeiter nicht mehr brauche, und bald in Haufen aus den Arbeitsstätten jagen könne, „da vielleicht schon das nächste Schiff aus Kiautschou uns eine Anzahl der sparsamen und bedürfnislosen Söhne des Landes der Zöpfe mitbringen werde". Diese Sparsamkeit sieht übrigens auch Herrn Hollrung an, aber sie hat eine bedenkliche Kehrseite. Der Chinese spart nach Hollrung nur deshalb, um sich nach Erlangung eines kleinen Kapitals in der Stadt selbständig zu machen. Damit giebt Herr Hollrung zu, daß man durch den Kuli-Import vom Regen in die Traufe käme.

Im übrigen kann es ja die Arbeiterschaft nur begrüßen, wenn von so autoritativer Seite wie der Herren Mendel und Hollrung, die Unbrauchbarkeit der bedürfnislosen und sparsamen Kulis öffentlich dokumentiert wird. Giebt man doch dadurch zu, daß nur der aufgeklärte Arbeiter trotz oder gerade infolge seiner größeren Bedürfnisse den Anforderungen der Landwirtschaft und Industrie hinsichtlich der Arbeitsleistung gerecht zu werden vermag.

Was Herr v. Mendel sonst noch über den ländlichen Arbeitermangel sprach, gehört zu den alten Forderungen der Agrarier: Schärfere Bestrafung des Kontraktbruches, Ersatzpflicht der Arbeiter für die geschädigten Arbeitgeber, Konzessionspflicht der Gesindevermieter, Einschränkung der Arbeiterzüge, Kinderarbeit u. s. w. Besonders die Freizügigkeit ist Herrn v. Mendel ein Dorn im Auge und so fordert er die Beschneidung des Rechts auf Freizügigkeit und gleichzeitig Verbot der Fabrikarbeit für junge Leute unter 18 Jahren, damit diese um so zahlreicher sich mit landwirtschaftlicher Beschäftigung ihren Lebensunterhalt erwerben müßten.

Mit dieser Forderung kommt Herr v. Mendel aber den Industrielleren stark ins Gehege und sie würden sich mit allen Mitteln dagegen sträuben, die Arbeiter erst mit dem 18. Jahre in der Fabrik ausbeuten zu dürfen. Es ist schon so, ausbeuten wollen alle beide, der Agrarier ebensogut wie der Fabrikbesitzer, sie streiten sich höchstens, wer den größten Teil bekommen solle. Und bei diesem Streite soll der Arbeiter auf alle Fälle das Schlachtopfer sein, das wehrlos seinem Peiniger ausgeliefert wird. Schade nur, daß dieses Schlachtopfer schon so viel Selbständigkeit besitzt, um durch organisatorischen Zusammenschluß und festes Zusammenhalten die Pläne seiner Unterdrücker zu durchkreuzen. Im übrigen hat die oben genannte Versammlung ein klares Bild der Wünsche und Begierden enthüllt, die die Junker und ihr Gefolge zur Unterdrückung der Arbeiterklasse stets bereit halten, und Herr v. Mendel hat uns ungewollt damit einen großen Dienst erwiesen.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Zum drittenmale geht am Freitag Gerhart Hauptmanns neueste Schauspiel „Fuhrmann Henschel" in Szene. Die Vorstellung ist im Farbenabonnement (117. weiß). Für Sonnabend ist eine Wiederholung der komischen Oper „Die Regimentstochter" und des Balletts „Im Reich der Künste" in Aussicht genommen.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Die nächste Aufführung vom „Schlafwagen-Kontrolleur", der hier einen so durchschlagenden Heiterkeitserfolg errungen, findet am Freitag den 10. d. M. statt.

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters.** Ein junger Löwe (3 Monate alt), der Sprößling einer der Löwinnen im Walhallatheater, wird von heute an zum Schluß der Löwendressur-Nummer vorgeführt. Diese Produktion dürfte ein ungewöhnliches Interesse erregen, da man wohl nicht oft Gelegenheit hat, einen jungen Prinzen aus dem Königsgeschlechte der Löwen so in nächster Nähe und in seinen drolligen Spielereien, aus denen aber schon bisweilen die zukünftige grimme Herrschernatur durchblickt, beobachten zu können.

* **Mit dem Schrecken davongekommen** sind die Insassen einer Droschke, die in der Nähe der Station Heide der Hettstedter Bahn von einem Zuge erfaßt wurden. Der Kutscher war vom Wege abgeraten. Die Droschke wurde von der Lokomotive beiseite geschoben; bloß die Vorderräder wurden zertrümmert und der Kutschbock stark beschädigt. Der Unfall passierte am Dienstag, abends um 8 Uhr. Die Insassen waren ein Kellner und drei Damen.

Trotha. Das Begräbnis des Parteigenossen Wilh. Sonntag, das am Mittwoch nachm. 4 Uhr stattfand, gestaltete sich zu einer ehrenden Kundgebung für den Verstorbenen. Eine Anzahl Parteigenossen von Trotha und Halle gaben ihm das Geleite. Aber selbst ein sozialdemokratisches Begräbnis kann nicht ohne polizeilichen Eingriff vor sich gehen. An den zwei Kränzen, die dem Verstorbenen auf das Grab gelegt werden sollten, befanden sich rote Schleifen mit entsprechenden Aufschriften. Dies gab dem Gendarm Hartmann „im Namen des Gesetzes" Veranlassung, die Entfernung der Schleifen zu verlangen. Dem wurde selbstverständlich nicht stattgegeben. Und der Wächter des Gesetzes zog wieder von dannen.

h. **Zeitz.** Arbeiter-Bildungs-Verein. Eine interessante Versammlung hielt der Verein am Dienstag abend im „Felsenkeller" ab, in der Genosse Weßmann Halle einen sehr gut ausgeführten Vortrag über Nordpolforschungen hielt. Besonders eingehend schilderte der Redner die Ereignisse und Gefahren der Nansenschen Expedition und erläuterte an mehreren Karten eingehend die Fahrt und die Drift der „Fram" sowie die Schlittenfahrt Nansens und Johansens unter dem Beifall der zahlreichen Anwesenden. Eine Diskussion schloß sich dem Vortrage an. Im Verschiedenen kamen weitere andere Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zur Besprechung. Fünf neue Mitglieder traten dem Verein bei.

h. **Zeitz.** Gefunden und bei der Polizeiverwaltung abzuholen sind folgende Gegenstände: 1 Haarkämmchen, 2 Portemonnaies (eins mit Inhalt) 1 Taschentuch, 1 Schlüssel und 1 Taschenmesser.

h. **Weißenfels.** Der Kampf um das Landtagsmandat beschäftigt immer noch die Wahlmänner. In Weißenfels fand wieder eine Versammlung statt, um für Dippe Propaganda zu machen. Dabei wurde erklärt, daß die Naumburger und Zeitzer Nationalliberalen an von Schenkendorf festhalten wollen. Viel Lärm um nichts.

h. **Weißenfels.** Wofür die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine das meiste Geld ausgeben. Der hiesige Gewerkverein der Lederarbeiter hatte im vergangenen Jahre 2809,15 M. eingenommen, hiervon sind 1700 M. an die Hauptkasse abgesandt. Die weiteren Ausgaben sind folgende: 12,50 M. für Bildungszwecke, 19,45 M. für Rechtsschutz, 34,20 M. für Reisunterstützungen, 25 M. Unzugsgelder, 135 M. für Arbeitslose, 55 M. für Notleidende, also ausgesamt für Unterstützungen 281,15 M. und für Verwaltungskosten **308,58 M.** Die Verwaltungskosten sind also die Hauptsache, darum kann auch ein Gewerkverein kein Kampfverein sein.

h. **Ahlsdorf.** Der Arbeiter Wilh. Kühn aus Ahlsdorf hatte am 5 Juni v. J. den Maurer Bachmann aus Zangenberg mit einem Bierseidel geworfen und mit einem Messer in den Rücken gestochen. Ebenso hat er den Bahnarbeiter Döring gemißhandelt und ihm die Kleider vom Leibe gerissen. Der rohe Bursche erhielt für sein Vergehen vom Landgericht Naumburg 2 Jahre Gefängnis und 14 Tage Haft.

h. **Naumburg.** Schwurgerichtsverhandlung vom 7. März. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird verhandelt gegen den Kutscher Hermann Lampert aus Gößnitz wegen Notzucht. Der angeklagte wird der thätlichen Beleidigung einer Frauensperson für schuldig erklärt und zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Knecht Friedrich Krause aus Droyßig wird wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Oldisleben. Vom Raubmord. Bei Frau Müller hat das Fieber nachgelassen, und der Appetit ist besser geworden; es ist Hoffnung vorhanden, daß sie als einziges unter den vier Opfern den räuberischen Mordern all überlebt. Auskunft über die Mörder wird von ihr, wie schon jetzt angenommen werden kann, nicht zu erlangen sein. Die Frau weiß, wie verlautet, nicht das Geringste von den Vorgängen in der Schreckensnacht.

Nordhausen. Wegen Kindesmord erhielt die 27jährige Schneiderin Laura Tölle aus Berga 3 Jahre Gefängnis. Sie hat ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt durch Strangulation mittelst eines Schutzgummibandes und durch Zertrümmerung der Schädeldecke getötet. Die Geschworenen billigten ihr mildernde Umstände zu.

Kleinere Provinzial-Nachrichten.

In Freyburg a. d. U. entlud sich am Dienstag ein starkes Unwetter, mit Graupel- und Schneefall verbunden. Die Schneedecke war einige Zoll hoch. — Beim Spiel brach die 8jährige Arbeitertochter Berger von Osterfeld dadurch den Arm, daß sie ihre jüngeren Geschwister durch Vermummung abschrecken wollte und sich dabei in dem langen Rocke der Mutter verwickelte. — In Zörbig wurde die Frau Fenner von einem mit Langholz beladenen Fuhrwerk überfahren und derart an der Brust und den Brüsten verletzt, daß sie nach zwei Stunden verstarb. Das Unglück geschah am Abend; der Fuhrmann hatte keine Laterne bei sich. — In Hohenthurm wurde der Geschirrführer Schwabe aus Braschwitz von seinem eigenen Geschirr überfahren und getötet.

Stadttheater.

Faust von Göthe.

In dem genialen Werke des deutschen Dichterfürsten debütierte am Mittwoch Fräulein Elfriede Mahn als Gretchen. Der Erfolg war ein vollständiger. Fräulein Mahn besitzt alle Eigenschaften, die zur vollkommenen Verkörperung der Göthischen Gestalt notwendig sind. Ihr Spiel legte Zeugnis ab, daß sie sich bemüht, in den Geist der Göthischen Dichtung einzudringen und ihren Rollen eine individuelle Färbung zu geben. Das Gretchen der Fräulein Mahn unterschied sich ganz wesentlich von der Art, wie diese Rolle gewöhnlich dargestellt wird; Fräulein Mahn hat mit der traditionellen Schablone gebrochen und ihr Gretchen zu einem einfachen, natürlichen Menschenkinde gestaltet. Die Liebesszene sowohl wie die große Wahnsinnsszene im Schlußakt gelangen ihr gleich vortrefflich. Wir können der Direktion des Stadttheaters nur empfehlen, Fräulein Mahn zu engagieren; das Engagement würde einen großen Gewinn für das Ensemble bedeuten. Herr Bischoff gab den Faust, Herr Vogeler den Mephisto. Dem ersteren gelang die Verkörperung des den Lebensgenüssen nachjagenden Faust weit besser als die des Grüblers, der letztere war in der ersten Szene ziemlich farblos, erhob sich aber später, besonders in der großen Szene mit dem Schüler, zu ganz bedeutender Höhe. Die übrigen Darsteller erfüllten ihre Aufgaben in befriedigender Weise, nur Herr Matthias, der den Schüler gab, schadete seiner sonst ganz guten Leistung durch eine übermäßige Ueberschwänglichkeit. Sw.

Vermischtes.

* **Ein Schiffsunglück.** Auf dem Schleppdampfer Erna der Oestr. Nordwest Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden durch das Platzen des Ventils am Dampfrohre der Heizer Lüdemann und der Maschinist Eckstein derartig verbrüht, daß sie starben. Das Unglück passierte in der Nähe von Entenwärder.

* **Ueber die Ursachen der Pulver-Explosion** in Toulon herrscht noch immer keine Klarheit. In Paris kursiert die Meldung, der zufolge während der Beerdigung der Verunglückten ein Artillerist unmittelbar bei dem sogenannten Monteiro-Pulvermagazin ein Paket mit 12 Dynamitpatronen gefunden habe. Abends 7 Uhr wurden 2 Schüsse auf die Wachtposten des Pulver

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990310-11/fragment/page=0003

magazins oder auf dieses selbst abgefeuert. Die Nachforschungen nach dem Urheber des Attentats waren bisher vergeblich. Die Aufregung in Toulon ist um so größer, als das Monkely-Magazin das der Stadt nächstgelegene ist.

* **Selbstmord** verübte der Direktor der Györöszentmartonner Sparkasse, Elbert, nach Verübung einer Wechselfälschung in Höhe von 200000 Gulden.

* **Die Pest** wütet gegenwärtig in der Stadt Bombay mit nie dagewesener Heftigkeit. Schon seit mehreren Wochen ist die Sterblichkeit fortwährend gestiegen. Jetzt ist sie so groß, wie noch in keiner Pest-Epidemie. Letzte Woche sind im ganzen in Bombay 2309 Personen gestorben, davon 972 nach amtlicher Angabe an der Pest. Zu kontrollieren ist diese Statistik nicht, da keine strenge Eintragung der Todesfälle besteht und Hunderte von Pestfällen verheimlicht werden. Wenn man die Zahl der gewöhnlichen Todesfälle auf 600 veranschlägt, so bleiben 1700 als solche an der Pest übrig. Die eingeborenen Indier bleiben bei dieser großen Heimsuchung ruhig und ergeben und freuen sich nur, daß die Regierung keine strengen Maßregeln ergreift. Die letzten vierzehn Tage sind wenig Fälle von Panik vorgekommen. Die reichen Eingeborenen sind in aller Stille abgereist. Jetzt folgen die Handwerker. In der europäischen Kolonie ist der Gesundheitszustand seltsam gut.

Aus dem Reiche.

Berlin. Verhaftet wurde in Dresden der Attentäter, der seiner Zeit einen Berliner Radfahrer namens Töpfer vom Rade geschossen und beraubt hat. Er heißt Böhlmann und ist aus Treuenbrietzen. Die Affäre rief seiner Zeit allgemeines Aufsehen hervor.

Berlin. Mordversuch und Selbstmord. Am Mittwoch früh verletzte ein 23jähriger Hausdiener seine 18jährige Braut auf der Treppe eines Hauses durch einen Schuß in die Schläfe und versuchte sodann, sich selbst zu erschießen. Beide wurden nach der Charitee gebracht, der Hausdiener starb jedoch bereits auf dem Transport.

Dortmund. Schon wieder ein Unglück bei der Menschenbeförderung im hiesigen Bergbaubetriebe. Auf dem Schachte III der Zeche „Holland" ließ der Maschinenwärter am Montag früh um 5 Uhr den mit 9 Mann besetzten Förderkorb in den Schachtsumpf gehen. Beim Wiederaufholen des Korbes stürzte ein Mann heraus und ertrank. Außerdem wurden zwei Mann schwer und einer leicht verletzt.

Dresden. Eine Falschmünzerwerkstatt wurde dieser Tage hier ausgehoben. Die Falschmünzer beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Zweimarkstücken.

Mannheim. Einen eigentümlichen Scherz leisteten sich am neuen Rheinauhafen einige betrunkene junge Burschen, indem sie ihrem Kollegen Hacker, der ebenfalls stark angesäuselt war, ein Ohr vollständig abschnitten.

München. Ein Todesurteil. Das Schwurgericht verurteilte gestern einen Burschen zum Tode, der bei Tölz nachts eine 63jährige Frauensperson auf dem Wege überfallen, vergewaltigt und erwürgt hat. Der Bursche trug sich mit der Absicht, irgend eine Frauensperson anzufallen. Er hatte, bevor er von Hause wegging, ein Sammesser zu sich gesteckt, mit dem er der alten Frau Schläge auf den Kopf versetzte, als er sie anfiel. Während der Staatsanwalt plaidierte, traf ein Telegramm aus Tölz ein, worin gemeldet wurde, daß in vergangener Nacht an einem 20jähr. Mädchen ein Lustmord verübt worden sei. (Siehe nächste Notiz unter Tölz. Red.) Der Staatsanwalt teilte dies den Geschworenen mit. Wir meinen, das hätte lieber nicht geschehen sollen. Selbstverständlich sind wir so ferne wie möglich davon, dem Scheusal, das zur Aburteilung stand und das schon wiederholt wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft worden ist, das Wort zu reden. Es handelt sich für uns nur um eine rein objektive, allgemeine Erwägung. Der neue Lustmord hat mit dem in Anklage stehenden nichts zu thun, wohl aber wird der Eindruck der Mitteilung der neuen Unthat auf die Geschworenen kein geringer sein; unter Umständen kann eine solche Mitteilung die Geschworenen erheblich beeinflussen.

Tölz. Eine gräßliche Mordthat wurde auf dem Wege von Tölz nach Oberbuchen verübt. Man fand das 20jährige Mädchen Maria Schweigkofer von Hellbrunn, im Dienste bei Bacher, Bauer in der Linden, erhielts von der Buchenerstraße, ungefähr eine Stunde von hier entfernt, tot liegen mit Stichen in Kopf und Hals und aufgeschlitztem Bauche, so daß die Gedärme heraushingen. Der leere Geldbeutel lag daneben. Das Mädchen hatte kein Geld bei sich. Es herrscht hier große Aufregung über die ruchlose That.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

In dem sonst so friedlichen Donaustädtchen Tuttlingen mit seinen 12000 Einwohnern steht ein Riesenkampf bevor. Schon seit mehreren Jahren versuchten die Schuhmacher in sämtlichen Fabriken die 10stündige Arbeitszeit ohne Vesperpause einzuführen, was aber bis jetzt an der Hartnäckigkeit der Herren Fabrikanten scheiterte. Die Organisation der Schuhmacher war aber nicht stark genug, dieser bescheidenen Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, nur eine Firma führte dieselbe ein. Seit längerer Zeit hob sich die Organisation zusehends, und als erst zwei versuchte Lohnreduktionen durch die Organisation zurückgewiesen wurden, war der Beweis erbracht, daß nur durch Einigkeit etwas erreicht werden kann. Nun wuchs von Tag zu Tag die Organisation und machte abermals die Forderung der 10stündigen Arbeitszeit geltend. Eine Versammlung von ca. 700 Schuhmachern beschloß am 1. März, in jeder Fabrik Unterschriften zu sammeln und eine Kommission für jede Fabrik zu wählen, welche mit den Herren Fabrikanten unterhandeln sollte, was aber erfolglos blieb. Auch Sonntag, den 5. März, wurde abermals unter Anwesenheit des Zentral-Vorstandes mit den Herren Fabrikanten verhandelt, mit gleichem Erfolge. Die Herren Fabrikanten hatten schon am 3. März bei hoher Konventionalstrafe beschlossen, falls in einer Fabrik gefündigt würde, sämtliche Fabriken zu schließen. Da die Arbeiter nicht gewillt sind, sich die 10stündige Arbeitszeit länger vorenthalten zu lassen, so steht eine allgemeine Aussperrung bevor.

Arbeiter Deutschlands! Von diesen Maßregeln werden 1200 bis 1300 Personen betroffen, was einer Einwohnerschaft von 4000 Personen gleichkäme. Kollegen Deutschlands! Unterstützt uns mit Mitteln, es ist das erste Mal, daß die Tuttlinger Arbeiter sucht um eure Hilfe ersuchen, deshalb unterstützt uns. Wir kämpfen um den 10 Stunden-Tag!

Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an Jakob Schäfer, Tuttlingen i. Württ., Thalstraße 6.

Briefkasten der Redaktion.

Y. Z. Die Versammlung der Gastwirtsgehilfen, welche vergangenen Freitag im Neuen Theater stattfand, war nicht von der hiesigen Filiale des Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen einberufen worden.

Qualm Pfote. Sie irren sich, denn bis zur Stunde ist die Saalschloßbrauerei den Arbeitern noch nicht zur Verfügung gestellt worden.

Quittung.

Für die Krefelder Weber:

Von Hanssen 2.50 M. Böttcher.
Auf Liste Nr. 24: Von Fellenhauern durch Fehler 6.50 M.
Auf Liste Nr. 37: Von Kesselschmieden 12.60 M.
Auf Liste Nr. 20: Aus der Schuhfabrik von Haase 11.90 M.

Gewerkschaftskartell von Halle.
J. A.: Grothe.

Für die Redaktion verantwortlich: Willy Swienty in Halle.

Konfirmations Geschenke.
C. F. Ritter, Halle a. S.,
Leipzigerstraße 90.

Zeitz. Zeitz.
Montag den 13. März abends 8 Uhr im Saale des „Heitern Blick"
öffentliche Versammlung
aller in der Holzbranche thätigen Arbeiter u. Arbeiterinnen, insbesondere: Korbmacher, Instrumentenmacher, Tischler, Drechsler, Stellmacher und an Maschinen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung: 1. Der Kampf ums Dasein. Referent: Herr Becker-Hannover. 2. Die Kampfesweise der Gewerkvereinler (H. D.) gegen die Gewerkschaften. 3. Diskussion.
Eintritt frei. Jedermann hat Zutritt. Gegner willkommen.
Zahlreiches Erscheinen wünscht Der Einberufer.

Weißenfels.
Verein deutscher Schuhmacher.
Sonnabend den 11. März abends 8½ Uhr in der „Stadt Naumburg"
Versammlung.
Tagesordnung: Staatsklugheit, Unternehmeregoismus und Arbeiterklasse. Referent: Herr Wiesenthal-Leipzig. 2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Giebichenstein er Arbeiter-Liedertafel.
Unser Winter-Vergnügen,
bestehend in
Konzert und Ball,
findet Sonnabend den 11. März im „Burgtheater", Hohestraße, statt.
Hierzu ladet Freunde des Gesanges ein Der Vorstand.
Anfang 8 Uhr.

Arbeiter-Fortbildungsverein Weißenfels.
Sonntag den 12. März im Restaurant Stadt Naumburg
Stiftungsfest.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Konsum-Verein Trebnitz
bei Luckenau.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß bis Sonntag d. 12. März sämtliche Marken bis zu einer Mark eingewechselt und bis Montag abend abgegeben sein müssen.
Dienstag den 14. März ist der Laden wegen Inventur von früh 8 Uhr ab geschlossen Der Vorstand.

Wildschütz.
Sonntag den 12. März im „Kronprinz"
große theatralisch-humoristische Soiree
ausgeführt vom Dilettanten-Klub Teuchern.
Programm ganz vorzüglich und neu.
Hierzu ladet ergebenst ein. Franz Landmann.

Schäftehandlung — Lederhandlung
18 Geiststraße 18
Großes Lager in fertigen Schäften aller Art zu sehr billigen Preisen.
— Unterleder-Ausschnitt. —
Carl Friedrich Nachf., Inhaber Otto Kranig,
Hauptgeschäft: Gr. Märkerstrasse 2.

Freitag Schlachtefest. J. Banse, Advokatenstraße 9a.
Morgen Freitag fr. Wurst u. Brotwurst F. Bermich, Zeitz, Mittelnr.

Prachtv. Betten, spottbillig, für nur 16 und 25 Mk
Kl. Ulrichstraße 18 a. I.
Bessere Kanarienhähne u. Weibchen verkauft Steg 4.

Metallarbeiter-Verband.
Filiale Zeitz.
Sonnabend den 11. März 1899
Versammlung
in Meinecks Restaurant
Tagesord.: 1. Wie stellen wir uns zum Formertag? 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht D. Verw.
Hauptsächlich die Former werden ersucht in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung, Drechsler! Zeitz
Den Kollegen hierorts sei hiermit bekannt gegeben, daß Sonnabend den 11. März in Meinecks Restaurant unsere
Sektions-Versammlung
stattfindet. Pflicht der Kollegen ist es, recht pünktlich u. zahlreich zu erscheinen.

Arbeiter-Sängerchor, Zeitz.
Sonnabend d. 11. März im Felsenkeller
gemütlicher Abend.
Die geehrten Mitglieder nebst Damen ladet hierzu höflichst ein
Der Vorstand.
Anfang 8½ Uhr.

Stadt-Theater zu Halle a. S.
Freitag den 10. März 1899
167. Vorst. 117. Abonnem.-Vorst.
Farbe: weiß.
Fuhrmann Henschel.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann.

Burg-Theater.
Donnerstag den 9. März 1899
Auf Verlangen zum 2. Male:
Walzerkönig.
Freitag. Zum 23. Male:
Dreyfus.

Thalia-Theater.
Freitag den 10. März 1899
Der Schlafwagen-Kontrolleur.
Sonnabend: Lore, hierauf: Erziehung zur Ehe.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
Oskar Messter's „Lebende Photographien". Die Kaiser-Reise nach Palästina. (Sensationell!) — Sisters Alice und Clara Taylor, Kunst- und Bravour-Schützinnen. — Mr. Henry Taylor, Bravour-Equilibrist. — The Koal's, exzentrische Akrobaten mit ihrem akrobatischen Hunde. — Herr Willi Agoston, exzentr. musikalischer Clown. — Fräul. Klara Antoni, Bewandtnis-Sängerin und Kostüm-Soubrette. — Herr Martin Vallée, Original-Gesangs-Humorist. — Auf allgemeines Verlangen für kurze Zeit weiter verpflichtet: Die geheimnisvolle Dame Comtesse de X. mit ihren vier in Freiheit dressierten Löwen. (Sensationell!)
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Freitag Schlachtefest. F. Kotter, Martinstraße 8.
Wohnung für 150 ℳ p. 1. April zu vermieten Mühlrain 8.

Apollo-Theater.
Telephon 183.
Das beste Programm der Saison.
Henry u. Georg. Normann. Miss. Elvira. Felicitas. Hasson u. Jenny. Paul Revè.
Sennora Armario.
Normann u. Leonora. Sig. Bianca. Rappo. Beiers. Beisos.
Jeden Abend 16 Nummern.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Weissenfels.
Apollo-Theater.
Direktion: Adolf Horn.
Programm vom 1. bis 15. März.
Lucie Verdier, genannt die deutsche Yvette Guilbert, Schöpferin des deutschen Sprech-Gesanges. — Braatz-Trio, großartige Produktionen auf dem Drahtseil. — Geschwister Dorellius, 3 Damen Gesang u. Tanz. — Charles Duco, Travestiekünstler. — Clown Fred, humorist. Jongleur. — d'Elter, Bewandtnis-Humorist. — Mlle Bellona, Instrumentalistin. — Herr Otto Waldemar, Humorist u. Stegreif-Dichter.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Jeden Sonntag von 11½ bis 1½ Uhr große Matinee bei freiem Entree sowie Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen.

Unterwerschen.
Sonntag den 12. März
Gesangs-Konzert
ernsten und heiteren Inhalts, gegeben vom Gesang-Verein „Glück auf" zu Zetsch.
Anfang 7½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Um gütigen Besuch bittet Frau Heyme.

Teuchern.
Sonnabend und Sonntag den 11. u. 12. März im Gasthof zur Sonne
Bock-Bier.
Hierzu ladet freundlichst ein H. Knabe.

Freitag Schlachtefest. Fr. Stähler, Jakobstr. 15.

Tanz-Unterricht.
Eröffne Mittwoch den 15. März im Hotel „Weißes Roß" abends 8 Uhr einen Schnellkursus gegen mäßiges Honorar. Gefl. Anmeldungen erbitte daselbst od. Dreyhauptstr. 2. Für sichere u. schnelle Ausbildung leiste Garantie.
Ad. Fröbe, Tanzlehrer.

Gebr. Nähmaschinen verk. Merseburerstr. 29, III r.

Ostern.
Düten-Konfekt,
leicht und billig.
Oster-Eier und Oster-Düten
in größter Auswahl empfiehlt
Honigkuchen-, Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik
von C. Tornow, Inh. R. Schirmer, Leipzigerstr. 82, u. Roten Roß.

Hochfeinen
Sauerkohl,
in Oxhoften und ausgewogen, billigst.
Carl Lange,
Fernspr. 1086. Kl. Ulrichstr. 26

Nur 1 Mk. kostet
das Einsetzen einer neuen Uhrfeder, alle anderen Reparaturen billig.
Glas, Zeiger, Uhrring a 10 Pf.
Garantie 1 Jahr.
C. Hammer,
Uhrmacher,
Leipzigerstrasse 42.

Möbel, Spiegel,
Polsterwaren, Kleidersekretäre von 24 M. an, echt Nußb. u. Birke, zu bill. Preisen z. vk. K. Bieler, Tischlermeister, Geiststr. 31.

Nußbaum-Kleidersek. u. Vertikow
für 45 ℳ zu verkaufen Leipzigstr. 36.

Ein Vermögen
kann sich ein tüchtiger Mann erwerben durch selbständigen Betrieb eines Geschäftes. Anlage 40 Mark. Auskunft gratis von
C. H. Weisser,
Hannover, Cellerstraße 21.

Hohenmölsen.
Eine flottgehende Tischlerei (gute Arbeiter Kundschaft) ist krankheitshalber sofort zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition des Blattes.

Feilenhauerlehrling sucht geg. hoh. Kostgeld A. Kohlmann, Streiberstr. 17.

Todes-Anzeige.

Hierdurch allen Freunden, Bekannten und Kameraden die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau nach langem Krankenlager im Alter von 38 Jahren gestern mittag in der Ohrenklinik verschieden ist. Die Beerdigung findet Freitag 4½ Uhr von der Klinik aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen
Ferd. Nethge nebst Kindern.
Sternstraße 5.

Dank.

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme während der Krankheit, sowie beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters, des Invaliden Wilh. Sonntag sagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Engelke, dem Herrn Direktor und dem gesamten Arbeiter-Personal der chemischen Fabrik von Engelke & Krause sowie seinen Parteigenossen für den reichen, herrlichen Blumenschmuck und das Geleit bei m Begräbnis unseres teuren Dahingeschiedenen.

Die Hinterbliebenen.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990310-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 59 — Halle a. S., Freitag den 10. März 1899. — 10. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung — nicht die Zuchthausvorlage — hat die Zustimmung des Bundesrats gefunden und wird demnächst dem Reichstage zugehen. Die Nordd. Allg. Ztg. macht über die Novelle ausführliche Mitteilung. Darnach führt der Gesetzentwurf die Konzessionspflicht der Gesindevermieter und Stellenvermittler ein. Dieselben sollen auch verpflichtet werden, ihre Taxen der Ortspolizeibehörde einzureichen und anzuschlagen. Ferner werden aus dem in der Session 1895/97 unerledigt gebliebenen Entwurf die Bestimmungen über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln, sowie über die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Vorschlag gebracht, mit einigen zum Teil nicht unwesentlichen Abänderungen. Der Vorschlag des früheren Entwurfs, wonach die Mitgabe von Arbeit nach Hause in denjenigen Fällen sollte untersagt werden können, in denen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter mindestens sechs Stunden in der Fabrik beschäftigt waren, ist nicht wieder aufgenommen, die Fassung vielmehr so gewählt worden, daß dabei dem Arbeitgeber die Möglichkeit bleibt, die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch in der Fabrik und zu Hause zu beschäftigen.

Endlich enthält der Entwurf eine Reihe von Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den offenen Verkaufsstellen. Hiernach soll diesen Personen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden und innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause gewährt werden müssen. Wird die Mittagsmahlzeit außerhalb des Gebäudes der Verkaufsstelle eingenommen, so soll die Festsetzung der Dauer der Pause durch die Gemeindebehörde erfolgen, sie muß indessen stets mindestens eine Stunde betragen.

Dem Gedanken des obligatorischen Ladenschlusses trägt der Entwurf insoweit Rechnung, als er auf den Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber die höhere Verwaltungsbehörde ermächtigt, nach Anhörung der Gemeindebehörde für alle oder einzelne Geschäftszweige anzuordnen, daß die offenen Verkaufsstellen während einer näher zu bestimmenden Zeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens geschlossen sein müssen. Wird der Ladenschluß um 9 Uhr oder später angeordnet, so kann derselbe bis 7 Uhr morgens erstreckt werden. Die etwa erforderlichen Ausnahmen werden bei der Anordnung zu berücksichtigen sein.

Die Zukunft der Angestellten der Privatposten. Die Vertreter der Angestellten der Privatposten Deutschlands sind von Oberpostrat Granzow in Berlin zu einer Besprechung empfangen worden, in der sie um Auskunft über einige besondere Punkte ersuchten. Zunächst fragte der Wortführer der Angestellten, Schubert-Breslau, betreffs der angekündigten Zahlung der Entschädigung in monatlichen Raten an. Oberpostrat Granzow gab daraufhin, nach der Voss. Ztg., folgende Erklärung ab: „Der Reichspostverwaltung müsse vor allen Dingen daran liegen, die Entschädigungsfrage so schnell wie möglich abgethan zu sehen. Die monatliche Ratenzahlung wäre ja nur in dem speziellen Falle vorgesehen, daß der Betreffende, wenn er die ganze Summe mit einem Male in die Hände bekäme, das Geld einfach durchbrächte und seine Familie infolgedessen dem Elend preisgegeben würde. Es mache aber noch ein Umstand, der bei der Eingabe der Vorlage gar nicht beabsichtigt wäre, unter den Angestellten viel böses Blut. Das ist die Annahme, daß, wenn der Betreffende in kurzer Zeit eine Stellung finden würde, die Weiterzahlung der Entschädigung einfach aufhöre. Dieses liege durchaus nicht in dem Sinne der Reichspostverwaltung. Wenn der Betreffende nicht mit übernommen werden würde, dann würde ihm auch die Entschädigung unbeanstandet ausgezahlt, wenn er auch in kurzer Zeit eine andere Stellung fände." Sodann fragte Schubert-Breslau an, bis zu welchem Alter eventuell die Beamten der Privatposten übernommen werden würden. Zu diesem Punkte bemerkte Oberpostrat Granzow, bei einer eventuellen Uebernahme der Beamten in den Reichsdienst würde entschieden das Alter maßgebend sein, welches der Betreffende bei Anstellung in dem Privatpostbetrieb gehabt hätte und wenn dieses Alter nicht die Postgrenze (25 Jahre) allzuweit überschreite, jedenfalls die Uebernahme unter Anrechnung eines großen, wenn nicht des größten Teiles ihrer Dienstzeit bei der Privatpost erfolgen. Darauf machte Sonntag-Kiel die Bemerkung, daß dann doch in jedem Falle die älteren Leute am härtesten betroffen werden würden im Falle des Inkrafttretens des Gesetzes. Oberpostrat Granzow gab dieses im Grunde zu, sagte aber auch, daß jede Gesetzesvorlage ihre Härten habe und daß diese eben getragen werden müßten, daß in diesem Falle die weitere Ausdehnung der Altersgrenze erfolgen würde, wenn der Betreffende brauchbar für den Dienst und sein früheres Leben unbescholten wäre. Betreffs der Entschädigung der Beamten an sich bemerkte Herr Granzow, daß nach seiner Meinung die Summe hoch genug gegriffen wäre. Es wäre ja den davon Betroffenen noch immer nicht das Recht abgesprochen, eine Anstellung im Staatsdienste nachzusuchen, und in diesem Falle würden der Staat sowie die Postverwaltung in der wohlwollendsten Weise verfahren.

Uns interessiert hier besonders der Passus von der Unbescholtenheit. Das ist bekanntlich ein sehr dehnbarer Begriff, und er dürfte bei den Anschauungen des Herrn von Poddielski, welche dieser im Reichstage mit größter Deutlichkeit kund gethan hat, zweifellos auch auf die politische Ueberzeugung der zu übernehmenden Privatangestellten ausgedehnt werden. Rührend ist auch die Sorge der Postverwaltung, daß die Angestellten, die nicht übernommen werden, die Entschädigung nicht „einfach durchbringen". Fürchtet man, sie würden „einfach Sekt" trinken, bis das Geld zu Ende ist? Man scheint eine etwas eigentümliche Meinung von ihnen im Reichspostamt zu haben.

A. F. **Macht's nach!** Wenn man auch von den „Post"-leuten im allgemeinen keine große Meinung haben braucht, — in einem verdienen sie doch Bewunderung: das ist die bis zur schwindelnden Höhe getriebene Virtuosität, bei kleinen, ja verhältnismäßig winzigen Einnahmen große, sehr große Ausgaben machen zu können, ohne daß sich ein Defizit ergiebt. „Aber das ist doch gar nicht möglich!" höre ich da sagen, „kleine Einnahmen und große Ausgaben harmonieren doch nicht miteinander, irgendwo muß da ein Defizit entstehen, das nach Deckung schreit."

Nun, wer's nicht glaubt, der lese die Post (Nummer 59 vom 28. Februar d. J.), dort findet er schwarz auf weiß gedruckt, daß „bis jetzt Herr v. Stumm keinen Pfennig für die Post geopfert hat, ebensowenig die übrigen Gesellschafter." Nun lügt bekanntlich Herr von Stumm — nach seiner im Reichstage feierlich abgegebenen Erklärung — nie, und da die in Rede stehende Behauptung, wie wir bestimmt versichern können, vor ihrer Drucklegung erst die Korrektur des Herrn v. Stumm passierte, dieser sich also mit derselben identifiziert haben muß, so ist — immer die Stummsche Erklärung im Reichstage beachtend — anzunehmen, daß in diesem Falle auch die Post nicht gelogen hat.

Das Räsel wird freilich dadurch immer dunkler und geheimnisvoller. Die Post mit einer Druckauflage von kaum 6000 Exemplaren und verhältnismäßig sehr geringer Inseratenein nahme, — die Post sollte bei einem solchen Einnahmebudget, dem ein sehr bedeutender Etat an Herstellungskosten und Beamtengehältern gegenübersteht, ohne einen Pfennig Zuschuß seitens der Gesellschafter bestehen können?!

Wer ist da der geheimnisvolle Spender, der das Hunderttausende Defizit deckt, das die Post jährlich aufweist? Der „Mann mit dem großen Portemonnaie" scheint aber auch manchmal des Zahlens überdrüssig geworden zu sein, denn nicht erst einmal war das fernere Erscheinen der Post in Frage gestellt. Der räthselhafte Defizitdecker schien erst neulich wieder das Blechen satt bekommen zu haben und „Herr von Stumm, ebensowenig die übrigen Gesellschafter opfern ja für die Post keinen Pfennig".

Unsere Parteiblätter, die zum Teil trotz viel höherer, bezahlter Abonnements und bei viel geringeren Ausgaben, als sie die Post hat, immer noch nicht aus der Defizitwirtschaft herauskommen können, könnten hier viel profitieren, wenn sie den „Mann mit dem großen Portemonnaie" ausfindig machen könnten.

Zum Zuchthausgesetz. In Münchener Blättern veröffentlicht der „Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung" eine Kundgebung gegen den Vortrag, den Professor Lujo Brentano über den „Schutz der Arbeitswilligen" kürzlich in Berlin und München gehalten hat. Brentano antwortet darauf in der feinsten ironischen Weise, die ihm eigen ist. Wir können die beiden Schriftstücke, ihres großen Umfanges wegen, nicht wiedergeben, doch sei von den Bemerkungen Brentanos folgendes zitiert:

Der Kern der Ausführungen des Verbandes besteht in einer Wiederholung derjenigen Argumente, welche von jeher gegen die Maßnahmen vorgebracht wurden, welche Staat und Gesellschaft zum Schutz der Schwächeren gegriffen haben. Nach den Ausführungen der Herren führen sie im Winter Bauten auf, um die Arbeiter vor dem Verhungern zu retten, und sie reden dafür im Frühjahr von den koalierten Arbeitern mit Undank gelohnt, welche dann Arbeitsverkürzung und Lohnerhöhung verlangen und die streikrechenden Arbeitswilligen mit tödlichem Haß verfolgen. Die Arbeitgeber erfüllen ein Gebot der Gerechtigkeit und der Selbstachtung, indem sie für die Freiheit des einzelnen Arbeiters eintreten. Offenbar wäre es nach der Meinung des Verbandes besser, wenn ihnen statt koalierter Arbeiter, welche solche Forderungen erheben, lediglich vereinzelte Arbeiter gegenüberstünden und die Freiheit solcher isolierter Arbeiter niemals durch Arbeiterkoalitionen gestört würde. Daß dies nicht richtig ist und gerade auf dem Gebiete der Baugewerbe die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter ein besonderes Arbeitsfeld hat, beweisen die zunehmenden Mißstände im Baugewerbe; ist doch im Bereiche der bairischen Baugewerbsberufsgenossenschaft die Zahl der Verletzten, für welche Unfallanzeigen erstattet wurden, von 1886 bis 1895 von 1811 auf 3983, d. h. von 36,64 auf 51,96 von je 1000 Versicherten gestiegen. Es ist hiermit lediglich eine Erscheinung bestätigt, welche sich auch außerhalb des Baugewerbes in allen Kulturländern bemerkbar gemacht hat. Ueberall hat sich der Staat genötigt gesehen, den einzelnen Arbeiter von den Folgen jener Freiheit, wie sie der Verband meint, zu schützen.

Die Zustände, welche in allen Ländern zur Arbeiterschutzgesetzgebung geführt haben, sind ein monumentaler Beweis dafür, wohin es käme, wenn der einzelne Arbeiter lediglich auf die Gerechtigkeit und den guten Willen der Arbeitgeber angewiesen wäre. Daß diese Arbeiterschutzgesetzgebung aber nicht genügt um die bestehenden Mißstände, die Folge der Freiheit des einzelnen Arbeiters, des „Arbeitswilligen", zu beseitigen, ist von den Regierungen sowohl, wie von allen Parteien dadurch anerkannt, daß das Koalitionsrecht, d. h. die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter, als eine unentbehrliche Ergänzung der staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung gilt. Gerade auf dem Gebiete des Baugewerbes aber steht die Arbeiterschutzgesetzgebung nahezu bloß auf dem Papier und seit Jahren bereits berät die Reichsregierung vergeblich über Mittel zu einem geeigneteren Schutz. Es sei nur darauf hingewiesen, daß es für Hoch- und Tiefbauten eine Gewerbe-Inspektion gar nicht giebt. Hier ist das Koalitionsrecht z. Z. die einzige wirksame Waffe, die dazu führen kann Mißstände zu beseitigen, welche in steigendem Maße das Leben und die Gesundheit der Arbeiter, unter Umständen aber auch des sogenannten weiteren Publikums bedrohen. Solche Mißstände können nicht aus der Welt geschafft werden, wenn man bei Klagen und Vorgehen der Arbeiter gegen dieselben von Verhetzung der Arbeiter spricht. Vielmehr erwerben sich die Arbeiter den Dank, welche zur Beseitigung dieser Mißstände sich koalieren.

Wie wichtig diese Ausführungen sind, beweist der neuerliche Vorfall in Halensee bei Berlin. Dort ist vor kurzem ein Neubau unmittelbar vor seiner Vollendung teilweise eingestürzt und hat eine Anzahl Arbeiter unter seinen Trümmern begraben. Das Charakteristische dabei ist, daß der Neubau von den organisierten Arbeitern wegen schlechter Löhne und mangelhaften Bauschutzes gesperrt war, von „arbeitswilligen" Kollegen aber skrupellos weitergeführt wurde. Die Organisation hatte sich vergeblich bemüht, als Hüterin technischer Betriebssicherheit zu wirken. Und die Skrupellosigkeit der „Arbeitswilligen" ist es, die sie gewissen Arbeitgebern so lieb macht. Das sind wertvolle Beiträge zur Zuchthausvorlage.

Ein fünfjähriger Krieg wird nach der Ansicht des Oberpräsidenten von Köller notwendig sein, um in Schleswig-Holstein den „Frieden" herzustellen. In privaten Unterhaltungen mit Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Provinziallandtages soll Herr von Köller erklärt haben, mit den Ausweisungen habe er nicht die Absicht gehabt, die Ruhe in Nordschleswig zu stören; im Gegenteil, er wolle nur Ruhe haben. Er wisse, daß sein Vorgehen „grob" gewesen sei. Es thue ihm auch selbst leid, aber man müsse manchmal grob sein, um für das allgemeine Wohl, den allgemeinen Frieden zu sorgen. Dazu sei er gerade hergeschickt, daß er diejenigen, welche den Frieden zu stören versuchten, auf den Kopf schlage. Ihm werde von gewisser Seite vorgeworfen, er sei ein Mann des Krieges, er wolle nur den Kampf; das sei nicht richtig, er sei gerade ein Mann des Friedens, und um des Friedens willen geschähen alle seine Maßnahmen. Was bisher in der Nordmark geherrscht, sei ein fauler Frieden gewesen; einen solchen könne man nicht wünschen und einen solchen wolle auch er nicht; da heiße es besser: „Durch!" Er denke, daß in fünf Jahren der wahre Friede eingekehrt sein werde. Dies sei um so sicherer zu erwarten, als die Dänen in Nordschleswig an sich gar nicht so schlimm seien, wie sie vielfach gemacht würden. Auch sie seien friedliebend und wollten gleich ihm Ruhe haben.

Trotzdem Herr v. Köller die Friedensliebe der Dänen zugiebt, kündigt er gleichzeitig eine fünfjährige Ausweisungspolitik an. Die Köllerei wird immer interessanter. Glücklicherweise pflegen preußische Regierungspräsidenten selten fünf Jahre im Amte zu verbleiben.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Gegen mehrere sozialdemokratische Vertrauensleute, so läßt sich die Deutsche Tages-Zeitung aus Plauen i. V. melden, die zum Zweck der Protestbegründung gegen die Wahl des Konservativen Kaldiar im 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreise falsche Beschuldigungen erhoben haben, soll jetzt amtlich eingeschritten werden. Die Wahl Zeidlers wurde im Reichstage bekanntlich für giltig erklärt, doch zugleich beschlossen, den Kommissionsbericht durch den Reichskanzler der sächsischen Regierung zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung zu übermitteln.

§ Der Süddeutsche Postillon schreibt: In eigener Sache. Die Untersuchung gegen unseren Redakteur Genossen Alois Kiefer wegen Vergehens wider die Religion wurde niedergeschlagen und die Beschlagnahme der Nummer 26 vom Jahre 1898 durch Gerichtsbeschluß vom 17. Februar wieder aufgehoben. Unsere löblichen Filialen wollen deshalb die seiner Zeit konfiszierten Exemplare von den betreffenden Behörden wieder zurückverlangen.

§ Genosse Rakutt in Königsberg, der dieser Tage erst aus dem Gefängnis entlassen wurde, hat noch am Tage vor seiner Entlassung abermals eine Vernehmung gehabt, weil er einen Gendarmen beleidigt haben soll, der einige Genossen in der Verbreitung von Agitationskalendern behindert hatte.

Gardinen

Tischdecken
Bettdecken
Teppiche
Portièren
in grosser Auswahl und zu
billigsten Preisen
empfiehlt

Kaufhaus
M. Schneider
Halle a. S., Leipzigerstrasse 94
Part., 1. und 2. Etage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990310-11/fragment/page=0005

Parteinachrichten.

— **Die diesjährige Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs** findet wie üblich Ostern in Stuttgart in Sauer's der Arbeiterhalle statt. Auf den Abend vorher hat der Landesvorstand eine Konferenz aller sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Landes einberufen, um eine gemeinsame Richtschnur zur Stellungnahme bei den verschiedenen Fragen anzugeben und die Schaffung einer Zentralstelle zur Sammlung kommunalpolitischen Materials anzubahnen. Herr Dr. C. Hugo und Gemeinderat Dietrich werden die einleitenden Vorträge halten. Auf der Landesversammlung selbst wird die Schaffung eines Wochenblattes für Württemberg eine große Rolle spielen.

— **Der Kongreß der ungarländischen Sozialdemokratie** findet am 3. und 3. April in Budapest statt. Die Tagesordnung ist folgender: 1. Bericht der Parteileitung. 2. Organisation und Presse. 3. Allgemeines, gleiches direktes Wahlrecht. 4. Arbeiterschutzgesetze. 5. Wahl der Parteileitung. 6. Die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Ungarns. 7. Die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in Ungarn.

Anschließend an diesen Kongreß wird der Kongreß der ungarländischen Feldarbeiter und Kleinbauern am 4. und 5. April mit folgender Tagesordnung abgehalten: 1. Berichte. 2 Organisation und Presse. 3. Abfassung des Gesetzartikels II vom Jahre 1898 (Feldarbeiter-Gesetz). 4. Die Forderungen der organisierten Feldarbeiter. 5. Die Feldarbeiter und die Sozialdemokratie: a) Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. b) Arbeiterschutz-Gesetze. 6. Reorganisation und Wahl des Elfer-Komitees.

— **Unser Parteiblatt in Braunschweig**, der Volksfreund, kündigt eine Erweiterung des Blattes an. Es wird während der Dauer der Reichstagssession eine besondere Beilage gegeben. Das Blatt teilt mit, daß es die Möglichkeit zu dieser Erweiterung „den stabilen und geordneten Preßverhältnissen der letzten Zeit" verdankt.

— **Zum internationalen Arbeiterkongreß in Paris** im Jahre 1900. Die Petite République veröffentlicht den Wortlaut einer Zirkularnote, welche das sozialistische Komitee den verschiedenen sozialistischen Arbeitervereinen der ganzen Welt zugesandt hat, um sie zu einer vorläufigen Versammlung, welche zwischen dem 20. und 30. Mai d. Js. in Brüssel stattfinden soll, zusammenzuberufen. In dieser Versammlung soll dann die Organisation des großen sozialistischen Kongresses von 1900 beraten und ins Werk gesetzt werden.

Gewerkschaftskartell von Halle.

Sitzung vom 3. März.

1. Bericht der Kommission betr. Arbeitersekretariat. Genosse Heyn erläuterte in kurzen Zügen den neu ausgearbeiteten Entwurf der Kommission. Redner legt die Gründe dar, welche die Kommission bewogen haben, vorläufig nur einen Sekretär anzustellen. Er verweist ferner darauf, daß laut der letzten statistischen Fragebogen rund 4000 organisierte Arbeiter vorhanden sind. Die Kosten würden demnach, da erwartet wird, daß alle organisierten Arbeiter ihre Pflicht erfüllen werden, bei einem Wochenbeitrag von 2 Pfg. mit Leichtigkeit aufzubringen sein. Auch kann mit Gewißheit angenommen werden, daß auch die nichtorganisierten Arbeiter die Beiträge hierzu zahlen werden. Der Entwurf ist sämtlichen Delegierten des Kartells zugesandt worden und haben einzelne Gewerkschaften hierzu schon Stellung genommen. Es berichten die Holzarbeiter, die Maurer, die Töpfer und Metallarbeiter, daß sich ihre Gewerkschaft mit dem Entwurfe einverstanden erklärt hat. Die Maurer wollen das Gehalt des Sekretärs, da nur einer angestellt werden soll, auf 2000 Mk. erhöht wissen. Sie sind der Meinung, daß sich für dieses Gehalt keine geeignete Person finden wird. Da jedoch kein diesbezüglicher Antrag gestellt, bleibt die Gehaltsfrage vorläufig nach dem Entwurfe bestehen.

Nach längerer Debatte wird ein Antrag des Gen. Thiele dahingehend angenommen, der nächsten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung zu empfehlen, die Gründung dieses Instituts am 1. Juli vorzunehmen. Ebenfalls wurde der Antrag des Gen. Letzig angenommen, schon jetzt Vors zur Deckung der einmaligen Ausgaben anfertigen zu lassen. Ferner wird der Entwurf im Volksblatt veröffentlicht werden.

2. Abrechnung vom Tiedereiarbeiterstreik. Gen. Weihmann legt die Abrechnung vor und ergiebt dieselbe eine Gesamteinnahme von 3442.25 Mk und eine Gesamtausgabe von 3311.63 Mk., bleibt mithin ein Bestand von 130.62 Mk. Die Revisoren Gen. Sachse und Bieler haben die Abrechnung geprüft und erklären dieselbe für richtig. Ein Manko von 5.35 Mk., welches dem Gen. Weihmann entstanden ist, wird nach Antrag ihm zugeschrieben.

3. Zu den Vorarbeiten zum Bergarbeiterkongreß teilt der Vorsitzende mit, daß das Kongreßlokal nicht der Goldene Hirsch, sondern das Glauchaische Schützenhaus ist. Es werden bei der Ankunft der Kongreßdelegierten am Karfreitag und Sonnabend eine Anzahl Genossen zur Abholung der Delegierten von der Bahn nach dem Kongreßlokal und Begleitung nach den Logis gebraucht. Es werden die Genossen ersucht, sich beim Vorsitzenden des Kartells zu melden. Der eventuelle Verlust an Arbeitslohn am Sonnabend soll entschädigt werden.

4. Lohnbewegungen. Der Vertreter der Böttcher, Genosse Schröpe, macht die Mitteilung, daß die Bedenkzeit, welche diesselben ihren Arbeitgebern gelassen haben, nunmehr verstrichen ist, und beabsichtigen die Böttcher demzufolge in den Streik einzutreten, wenn die Bewilligung nicht erfolgt. Das Einschreiten des Kartells hält der Vertreter in der Unterstützungsfrage vorläufig nicht für erforderlich. Der Vertreter der Bäcker teilt mit, daß die Bäcker in ihrer Bewegung noch nicht so weit vorgeschritten sind, um die Angelegenheit dem Kartell zu unterbreiten.

5. Gestaltung der Agitation. Es wird angeregt, daß eine Agitation unter den Zieglern entfaltet werden soll, und dem Genossen Zahlmann, der sich schon früher mit der Organisierung der Ziegler befaßt hat, anheim gegeben, sich nochmals hiermit zu befassen. Gen. Zahlmann erklärt sich bereit hierzu. Im weiteren teilt Gen. Hache mit, daß ebenfalls eine Strömung, sich zu organisieren, unter den Seilern besteht. Noch nicht organisiert sind die Gärtner, Handlungsgehilfen, Musiker, Bureaubeamte, Fleischer, Gold- und Silberarbeiter, Seiler und Schiffer. Bei den Gärtnern, Zieglern, Gold- und Silberarbeitern ist die Gründung einer Organisation in die Wege geleitet worden, jedoch bis jetzt mit wenig Erfolg.

6. Beitragserhebung. Es sind eine Anzahl Gewerkschaften mit ihren Beiträgen im Rückstande. Dieselben werden ermahnt, ihre Beiträge baldigst zu regeln.

7. Anträge und Mitteilungen. Zu der Abrechnung des Maurerstreiks soll Gen. Billetin, welcher die Listen hierzu ausgegeben hat, aufgefordert werden, nunmehr die Angelegenheit endgiltig zu regeln. Gen. Degenkolb regt nochmals die Angelegenheit betr. die Unterstützung des Maurers Wenzel beim Maurerstreik an. Es wird hierzu eine Kommission gewählt bestehend aus den Genossen Treiber, Sachse, Angermann, Rustius, Löffler und Kähne, letzterer als Stellvertreter. Dieselbe wird in der nächsten Sitzung Bericht erstatten. Die am Sonntag, den 5. März, stattfindende öffentliche Bauhandwerkerversammlung wird als vom Kartell einberufen angesehen und übernimmt dasselbe die Kosten. Es wird seitens einiger Delegierten bedauert, daß Genosse Heyn, welcher die Versammlung einberufen hat, sich nicht vorher mit den Vertretern der Baugewerkschaften in Verbindung gesetzt hat.

Ein Geschäftsordnungsantrag des Gen. Raue, die Gewerbegerichtswahlen nunmehr auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen wird angenommen.

Betreffs der Maifeier soll die Abhaltung der rächsten Parteiversammlung abgewartet werden und haben die Delegierten die Pflicht, dort anwesend zu sein und für Besuch derselben zu agitieren.

Es wird dem Vorstand anheimgegeben, die nächste Sitzung, welche am Freitag nach Ostern planmäßig stattfinden müßte, schon am Donnerstag vor Ostern abzuhalten.

Schluß 12 Uhr.

Präsenzliste:

Bäcker	1	Korbflechter	1
Bau- u. Erdarbeiter	—	Lederarbeiter	1
Buchbinder	2	Metallarbeiter	2
Bildhauer	1	Maschinisten u. Heizer	1
Böttcher	2	Maurer	2
Brauer	3	Müller	3
Dachdecker	3	Maler	2
Former	—	Schlosser u. Dreher	2
Fellenhauer	1	Steinarbeiter	1
Fabrikarbeiter	2	Schuhmacher	1
Gastwirtsgehilfen	2	Schneider	1
Glaser	2	Stukkateure	2
Lithogr. u. Steindr.	1	Schmiede	1
Handelshilfsarbeiter	3	Steinsetzer	—
Holzarbeiter	2	Tabakarbeiter	1
Kesselschmiede	3	Tapezierer	—
Klempner	1	Töpfer	1
Kürschner	1	Textilarbeiter	1
Kupferschmiede	1	Zimmerer	2
			M. S.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, 8. März.

Urkundenfälschung mit Betrug. Der Scheider Heinrich Adolf Geißler aus Düren, 48 Jahre alt, ein sehr oft mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch, der in den letzten 25 Jahren mehr im Zuchthause als in der Freiheit gewesen ist, hatte sich im Jahre 1897 seinen Lebensunterhalt dadurch zu verschaffen gewußt, daß er in der Umgebung von Delitzsch eine ganze Reihe Gutsbesitzer und Gutsbesitzerfrauen durch Anfertigung falscher Gesinde-Dienstbücher betrog. Das Verwerfliche seines Treibens bestand besonders darin, daß er sich zu den Betrügereien seiner jugendlichen Nichte, der Dienstmagd Sidonie Geißler bediente. Er lebt von seiner Frau getrennt und lockte das unschuldige Mädchen unter dem Vorwande, es könne bei ihm mehr verdienen als im Dienste, an sich. Dann fertigte er zur Erschwindelung des Mietsthalers unter dem Namen Emma Schöne eine große Anzahl Dienstbücher, die er als angeblicher Gesindevermieter mit dem Namen Koch unterzeichnete, an und schickte das Mädchen damit in verschiedenen Ortschaften zu den Mägde suchenden Gutsbesitzern. In 21 Fällen war es der Sidonie Geißler gelungen, den Mietsthaler zu erschwindeln. Als die Sache aber bei den Behörden ruchbar wurde, gelang es bald, die Sidonie Geißler festzunehmen. Der Angeklagte machte sich aus dem Staube und wurde steckbrieflich verfolgt, während Sidonie Geißler im vorigen Jahre vor das Schwurgericht gestellt und zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Nachträglich war nun auch der Angeklagte ermittelt worden. Da nun das Mädchen in der Abwesenheit ihres Onkels ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte, wußte sich auch der Angeklagte heute zu einem Schuldbekenntnis bequemen. Es waren 29 Zeugen geladen, von deren Vernehmung aber Abstand genommen wurde. Der Staatsanwalt plaidierte für schuldig der fortgesetzten Urkundenfälschung und des Betrugs und beantragte, die mildernden Umstände zu verneinen. Das Verdikt der Geschworenen lautete demgemäß. Beantragt wurde eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren nebst 10 Jahren Ehrverlust und erkannt wurde auf eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren nebst Ehrverlust von gleicher Dauer.

Schöffengericht Zeitz vom 6. März.

Der Dienstknecht Gothe hat auf einem Wege bei Droyßig einen Baum mutwillig derart mit einem Messer beschädigt, daß derselbe höchstwahrscheinlich eingehen wird. Für diese Roheit wird er mit 50 M. Geldstrafe belegt. — Der Arbeiter David Schmidt ist der Fund-Unterschlagung angeklagt. Er will eine Anzahl Kupferröhre, ca. 17 Pfund schwer, gefunden haben, die er dann zu verkaufen suchte. Er wird mit 2 Monaten Gefängnis bestraft. — Ein Handelsmann Gümper aus St. Gangloff soll den Rittergutsbesitzer Freiherr von Herzenberg um 8 M. geschädigt haben; ein Verwandter des G., der Arbeiter Jakob, soll dabei Beihilfe geleistet haben. G. hatte für den Freiherrn von Herzenberg Waiderde geliefert, für die er 12—15 M. erhielt. Eine zweite Fuhre, die er später lieferte, berechnete er mit 18 M. Dabei ist ihm vom Herrn von Herzenberg geleitet worden, weitere Erde nur auf Bestellung zu bringen. Trotzdem lieferte der Angeklagte später doch noch eine Fuhre, für die er sich, da er mehr Erde wie bisher brachte, 20 M. von dem Kutscher auszahlen ließ. Zu dem Gärtner hat G. geäußert, daß die Erde bestellt sei. Der Amtsanwalt beantragte Bestrafung wegen Betrugs, das Gericht kam jedoch zu einer Freisprechung beider Angeklagten, da die Erde in Wirklichkeit den Wert von 20 M. gehabt habe. Herr von Herzenberg hätte sich nur zivilrechtlich an den Angeklagten halten können, da er die Erde nicht bestellt hatte.

Der Arbeiter Klemens Brenner wird wegen Bedrohung einer Frau, die seine Frau vorher geschlagen hatte, mit 1 Woche Gefängnis bestraft.

Der Dienstknecht Paul Pille aus Kadischen hatte einem betrunkenen Handelsmann, mit dem er nach Rumsdorf ging, ein Taschentuch mit 21 M. entwendet. Der Angeklagte, der geständig ist, erhält 1 Woche Gefängnis.

Wegen wiederholten Bettelns erhält der Arbeiter Adolf Riedel aus Zeitz 3 Tage Haft.

Der Fleischer Heinrich Krahner und der Arbeiter Emil Krahner aus Kretzschau sind gemeinschaftlich in das Wohnzimmer des Arbeiters Jarbaum eingedrungen und haben letzteren erheblich gemißhandelt. Heinrich Krahner wird zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, da er als gewalttätiger Mensch bekannt ist, Emil Krahner zu 3 Wochen Gefängnis.

Ihrer Kinder wegen waren zwei Frauen aus Weiden in Streit geraten, der dahin ausartete, daß eine Frau K. ihre Gegnerin prügelte und später bedrohte. Sie erhält dafür 30 M. Geldstrafe.

Die unverehelichte Emma P. war mit ihrem Bräutigam und einem zweiten Manne auf der linken Seite des Trottoirs der Auerbacke nach dem Bahnhof gegangen. Von Polizeibeamten aufgefordert, auf die andere Seite hinüberzugehen, gingen dieselben zwar auf dem Fahrdamm. Die beiden Männer betraten das Trottoir aber wieder, sowie die Beamten vorüber waren. Hierauf schritten die letzteren zur Arretierung der beiden Männer. Die Emma L. hat hierbei mehrere Male dem Sergeanten John zugerufen, er habe ihren Bräutigam nicht zu arretieren, und er solle sich dazu auch erst den Helm aufsetzen. (Die Sergeanten gingen in Mütze.) Sie wird wegen Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, dem Beamten wird Publikationsbefugnis zugesprochen.

Der Kesselwärter R. aus Zeitz und Frau sind beschuldigt, den Tischlermeister M. und dessen Tochter beleidigt und bedroht zu haben. R. soll auch noch groben Unfug dadurch verübt haben, daß er wiederholt abends an die Fensterladen des M. stark geklopft hat. Ein Streit, der unter den Parteien ausgebrochen ist, hat Anlaß zu den Feindseligkeiten gegeben. Während Frau R. freigesprochen wird, erhält der Ehemann 10 M. Geldstrafe.

Ein Arbeiter R. ist irrtümlicherweise an Stelle seines Bruders wegen Mißhandlung angeklagt ist, wird freigesprochen, ihm auch seine Versäumniskosten erstattet.

Mehrere Sachen werden vertagt.

Versammlungsberichte.

† **Maler.** Am Sonnabend, den 4. März, fand bei Streicher die regelmäßige Mitgliederversammlung der Maler statt. Zum 1. Punkt referierte Genosse Weißmann über „Die Darwinistische Lehre und der Mensch". Redner versuchte in 1½stündiger gut durchdachter Rede die Richtigkeit der Darwinschen Theorie nachzuweisen und erntete für seinen Vortrag lebhaften Beifall. Von einer Diskussion wurde vorläufig Abstand genommen, sondern dieselbe auf eine spätere Versammlung verschoben. Zum 2. Punkt wurde zunächst einstimmig ein Antrag angenommen, wonach der Ausschluß des Kollegen Behme, der seiner Zeit wegen Verleumdung eines Kollegen ausgeschlossen war, als nicht zu Recht bestehend angesehen und zum Behme wieder als Mitglied zu gelten hat. Sodann wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest im Juni im Konzerthaus abzuhalten. Ferner wurde der Antrag angenommen, den Kollegen Oedlmann aus der Vereinigung auszuschließen. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten erfolgte nach 12 Uhr Schluß der Versammlung. S.

† **Lederarbeiter.** Am Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr hatten die halleschen Lederarbeiter eine Agitations-Versammlung in Merseburg einberufen, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Leitung hatten die halleschen Kollegen. Zum 1. Punkt wurde dem Genossen Nebeling das Wort erteilt, welcher seinen einstündigen Vortrag über den Wert der Organisation zur Zufriedenheit der Anwesenden erledigte. Trotz der Aufforderung des Versammlungsleiters meldete sich von den anwesenden Gegnern niemand zum Wort, so daß sämtliche Redner nur im Sinne des Referenten sprachen und zum Eintritt in den Verband aufforderten, da es doch dringend notwendig wäre, die traurigen Verhältnisse zu beseitigen. Die 11 Stunden Arbeitszeit betragen die Löhne 12—15 M. ebenso wurden noch andere Mißstände kritisiert. — Im Schlußwort gestehte nochmals der Referent das heutige Ausbeutungs-System der Fabrikanten und dann wurde eine dem Vortrag entsprechende Resolution zur Verlesung gebracht, welche einstimmige Annahme fand. Zum 3. Punkt wurde einem Antrag stattgegeben, eine Filiale in Merseburg zu gründen, da schon 24 Mann aufgenommen sind und sich dann noch weitere 12 Mann meldeten, so daß jetzt von den 100 beschäftigten Lederarbeitern in Merseburg 36 organisiert sind. Zur Ausführung des Antrages wurden 3 Mann gewählt, welche das Weitere veranlassen sollen. Nachdem nun verschiedene Anfragen vom Referenten und Versammlungsleiter beantwortet, wurde nach einer kräftigen Ermahnung der beiden letzteren die gut besuchte und vom besten Geist durchdrungene Versammlung abends 6¾ Uhr geschlossen. H. F.

† **Bauhandwerker-Versammlung.** Die am vorigen Sonntag im Konzerthaus tagende Bauhandwerker Versammlung war leider nur schwach besucht. Nach erfolgter Vorstandswahl giebt Genosse Heyn in einem kurzen Referat den Zweck der heutigen Versammlung den Erschienenen kund. Es sei notwendig, daß auch die Bauhandwerker von der Arbeiterschutzgesetzgebung mehr berücksichtigt würden. Nach kurzer Diskussion wurde folgender Antrag gestellt und auch angenommen: Die Vertrauensleute der verschiedenen Berufe haben über die nötigen Schritte zu beraten, um zu erreichen, daß auch die Bauarbeiter der Gewerbeinspektion unterstellt werden. Genosse Heyn weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß es Pflicht jedes denkenden Arbeiters ist, dafür zu agitieren. W. L.

Aus dem Reiche.

Berlin. Der Schafszippel. Der Böttcher T. geriet mit dem Böttchermeister B. wegen eines Akkordes in Streit. T. sollte 22 Mark erhalten, er wollte aber 27 Mark haben. Schließlich sagte der Meister: Wenn Du es nicht machen willst, wie ich will, dann mußt Du ein paar Tage aussetzen. Hierauf erwiderte T.: Was, das sagst Du mir, Du Schafszippel! Die Folge davon war, daß T. entlassen wurde. Er verklagte B. beim Gewerbegericht auf Gewährung einer Lohnerschätzung in Höhe von 54 Mark. Die Kammer IV unter dem Vorsitz des Dr. Gerth wies ihn jedoch mit der Begründung ab, daß in dem Ausdruck „Schafszippel" eine grobe Beleidigung des Beklagten zu finden sei, die die plötzliche Entlassung rechtfertige.

Landau (Pfalz). Schon wieder ein entgleister Stellvertreter Gottes. Der Sergeant August Seuffert vom 18. Regiment hatte in seiner Eigenschaft als Gewehrunteroffizier einen schwunghaften Handel mit Messingpatronenhülsen betrieben, von denen er bereits 118 Pfund an einen Trödler um den Preis von 20 Mark verkauft hatte, während weitere sieben mit Hülsen gefüllte Säckchen der Verfälschung harrten. Vom Militärbezirksgericht wurde Seuffert zu 1½ Monaten Gefängnis verurteilt, auch kommen ihm die Treffen und Sonstiges heraus.

Hannover. Ist der Titel „Schulmeister" eine Beleidigung? In einer deutsch hannoverschen Versammlung in der Ortschaft Dedensen, in der die damalige Kandidatur des Winterschuldirektors Brandt im 7. Wahlkreise besprochen wurde, sagte der welfische Redner, Herr Hagemann, u. a. auch: „Man kann so einem Schulmeister ja nicht verdenken, wenn er für die Herren aufnimmt" (gemeint waren hiermit die Herren von der jetzigen Landratspartei). — In der Versammlung war auch der Schullehrer aus Dedenden, Böhler, anwesend, der die Redewendung als Beleidigung auffaßte und Anzeige erstattete. Das Strafverfahren ward denn auch richtig eingeleitet und das Schöffengericht in Neustadt erkannte auf eine Geldstrafe von 80 Mark. Hiermit nicht zufrieden, legte der Verurteilte Berufung beim Landgerichte in Hannover ein, welches das schöffengerichtliche Urteil bestätigte. Das Urteil wurde damit begründet, daß das Wort „Schulmeister", gleichviel in welchem Zusammenhange in öffentlicher Versammlung gebraucht, eine Beleidigung sei, da dasselbe verletzend auf den Lehrer wirken müsse, welcher gewohnt sei, „Herr Lehrer" und nicht „Herr Schulmeister" angeredet zu werden.

Wülfhausen i. E. Am Sonntag ist die große Spinnerei von S. Wallach & Cie. zum großen Teile wieder abgebrannt, nachdem sie erst voriges Jahr vollständig eingerichtet worden war.

Quittung.

Zum Fonds des Volksblattes:

p. S. 50 Pf. Gr.

Für die Krefelder Weber:

Gesammelt von den Töpfern Wittenbergs bei einer Geburtstagsfeier 4.04 M. Gr.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 7. März.

Aufgeboten: Der Tischler Emil u. Anna Röthel (Ludwig Wachterstr. 44 und Planvenstraße. 21). Der Schneider Herden u. Elisabeth Gerlach (Mittelstr. 18 u. Diesdenerstr. 167). Der Bäcker Hoppe u. Hedwig Heimberger (Giebichenstein u. Reilstr. 188). Der Kaufmann Hey-l u. Marie Holzmacher (Berlin u. A. d. Marienkirche 8). Der Schmied Hundt u. Anna Henning (Rechtsstraße 5 u. Dorotheen). Der Fabrikarbeiter Hauk u. Anna Simon (Markt 13 u. Gralewegs 3-5). Der Kaufmann Cohn u. Else Arnold (Berlin u. Alte Promenade 3). Der Bergarbeiter Horn u. Anna Wolf (Trebnitz). Der Expedient Oldrich u. Pauline Heber (Halle a. S. u. Oberdrängen). Der Schlosser Schaaf u. Friederike Kromien (Wölmsl). Der Schneidermstr. Sieve u. Ida Heinicke (Halle a. S. u. Bedra). Der Artist Denner u. Margarete Majoor (Hamburg). Der Maurer Schmidt u. Lina Leo (Roda). Der Ingenieur Hansbrand u. Therese Kuhpähl (Halle a. S. u. Wernigerode).

Geboren: Dem Schneider Albrecht eine T. (Kuhgasse 9). Dem Handarbeiter Nümpler ein S. (Kellnerstr. 16). Dem Schlosser Böttner eine T. (Gränzstr. 27). Dem Fabrikarbeiter Wiskellmann eine T. (Diltenstr. 5). Dem Bildhauer Luge ein S. (A. d. Schwemme 5).

Gestorben: Des städt. Wächter Hohndorf T., 15 J. (Klosterstr. 7). Der Superintendent a. D. Schmidt, 77 J. (A. Kirchtürme 14). Des Handarbtr. Hermann T. totgeb. (Mittelstr. 7). Des verstorb. Schlosser Fechner S., 13 J. (Silberstr. 7). Des Maurer Matthias Ehefr. Bertha geb. Pforte, 52 J (Sophienstr. 27). Die Witwe Johanne Sackt geb. Krebs, 86 J. (Elisabethstraße 8). Die Wwe Roline Wanke geb. Kurbitzer, 79 J (Stadtschreiber. 13). Des Dekorationsmaler Breuhmann T., 3 Mon. (Brüggerstr. 73). Die Wwe. Marie Krüger geb. Hoffmann, 81 J. (Alte Promenade 17). Des Handarbtr. Kunzel Ehefr. Emilie geb. Hammerström, 83 J. (Schmiedestr. 21). Der Gastwirt Rügermessen, 36 J. Die Wwe Pauline Gerlach geb. Bergk, 77 J. (Mühlberg 5).

Für die Redaktion verantwortlich: Wilh. Zwientz in Halle.
Verleger: A. Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei

Naturheilkunde

Behandle alle Krankheiten. Sprechstunden: 8—10 und 2—4 Uhr.

Otto Kresse, Naturheilkundiger.

Zentral-Bad Gr. Ulrichstr. 62. Geöffn. 8 Uhr früh bis 8 Uhr abd.

Alle Dampf- und Wasserbäder, Massage etc.

Bäder-Lieferant fast aller Krankenkassen.

Wenigerbemittelte Preis-Ermäßigung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990310-11/fragment/page=0006